

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 129 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 10/2005 VOM 7. OKTOBER 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »Sponsoren« entscheiden
über die Inhalte
Amtsblatt der Stadt Eberswalde

Summe des
gemeinsamen Tuns
Von den Eberswalder Montagsdemos

17 | Deutschland
einig Vaterland
Betrachtungen und Erinnerungen

Tierpark Eberswalde:

Spendengelder für Hensch's Luxusauto

In der letzten Hauptausschußsitzung mußte der Eberswalder Bürgermeister Schulz eingestehen, daß die Leasing-Sonderzahlung für den Dienstwagen VW Touareg des Zoodirektors Hensch aus allgemeinen Spendenmitteln, die für den Zoo eingegangen sind, gezahlt worden ist. Diese Praxis wurde auch schon für die vorherigen Autos des Zoodirektors angewandt. Zunächst darf die Frage aufgeworfen werden, ob der Zoodirektor ein derart teures Fahrzeug als Dienstfahrzeug benötigt. Für die Beigeordneten reicht nach Darstellung des Bürgermeisters ein VW Golf aus. Ist dann ein fast doppelt so teures Fahrzeug für Herrn Hensch angebracht?

Skandalös wird es allerdings dann, wenn man dieses Fahrzeug, offensichtlich weil man Diskussionen um die Genehmigung durch die Stadtverordneten scheut, aus Spendenmitteln für den Zoo finanziert, die zum großen Teil von Zoobesuchern aufgebracht werden, die von einem entsprechenden Fahrzeug nur träumen können.

Mein Vorschlag an den Bürgermeister und Herrn Hensch: Legen Sie zusammen und zahlen Sie die Summe, die für die Leasing-Zahlungen für des Zoodirektors Fahrzeuge aus Spendenmitteln geflossen sind, als Spende an den Zoo zurück.

VOLKER PASSOKE, stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion der Linkspartei.PDS in der StVV Eberswalde

Warum Jörg Schönbohm die Kommunisten haßt

Zu: »Schonungslos und angriffslustig«, in MOZ vom 9. September 2005

Dank der zahlreich erschienenen Kritiker mußte Innenminister (IM) Jörg Schönbohm, der von seinem Arbeitgeber für den Wahlkampf extra frei bekommen hatte, am 8. September auf

dem Eberswalder Marktplatz nicht vor leeren Bänken reden. Diese Kritiker hatten u.a. die Forderung »Schönbohm go home« auf ihre Transparente geschrieben. Das gab jenem wiederum die Gelegenheit, auf seine märkischen Wurzeln zu verweisen, auf die Flucht seiner Familie vor den Kommunisten.

Leider vergaß der IM zu erwähnen, weshalb seine Familie damals vor der Sowjetarmee geflohen ist. Wie mir kürzlich ein guter Bekannter mit Verbindungen nach Bad Saarow erzählte – dort verbrachte Jörg Schönbohm seine frühe Kindheit – hatte dessen Vater Horst Schönbohm in den »Tausend Jahren« vor 1945 in Bad Saarow die Funktion des Kreisleiters der NSdAP inne. Sturmführer oder gar Obersturmführer soll er gewesen sein. Verständlich, daß er als strammer Nazi tatsächlich allen Grund hatte, sich beim Einmarsch der Roten Armee aus dem Staub zu machen. In den westlichen Besatzungszonen war die Aussicht, ungeschoren davonzukommen eben weitaus größer.

Jörg Schönbohm war 1945 gerade mal acht Jahre alt. Ihm können die Sünden seines Vaters nicht vorgehalten werden. Seine »schonungslose Angriffslustigkeit« wird jedoch unglaublich, wenn er die Gründe verschweigt, weshalb seine Familie »vor den Kommunisten« flüchtete. Auch seine erklärte Freude über die Wende erscheint so in einem anderen Licht.

LOTHAR DANNER



Innenminister Schönbohm blickte zurück auf seine märkischen Wurzeln. An alles kann er sich nicht erinnern.

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Solarbundesliga

Nach Abschluß der 5. Deutschen Meisterschaft der Solarbundesliga überreichten die Eberswalder Bündnisgrünen die Urkunde über die erfolgreiche Teilnahme Eberswaldes an dem Wettbewerb der Solarkommunen an den Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz. Eberswalde konnte in der abgelaufenen Saison hauptsächlich im Bereich Solarstromerzeugung zulegen und seinen Punktestand von 4 auf 6 Zähler erhöhen. Damit belegt die Stadt im bundesweiten Vergleich aller teilnehmenden 785 Kommunen den Platz 445. Unter den Städten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern erreichte Eberswalde Platz 88 von 237. Innerhalb Brandenburgs wurde Eberswalde Fünfter.

Der Weg an die Spitze der Tabelle ist für Eberswalde also noch weit. Aber die Stadt ist auf einem guten Weg, dem Ziel eines vorderen Platzes näherzukommen. Allein im letzten Jahr wurden – hauptsächlich auf Dächern der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WHG – Solarstromanlagen mit einer Leistung von etwa 230 Kilowatt installiert. Weitere Anlagen z.B. auf dem Dach der Sparkasse kamen in diesem Jahr dazu und auch auf dem neuen Kreishaus sollen 800 m² Solarfläche entstehen.

Bündnis 90/Die Grünen erfassen seit nunmehr fünf Jahren die installierten Solaranlagen in Eberswalde und melden die Daten an die Solarbundesliga. Damit Eberswalde im Wettbewerb punkten kann, sind wir auf die Mithilfe der Anlagenbetreiber bei der Inbetriebnahme von Neuanlagen oder bei Änderungen angewiesen (Tel. 03334/384074).

Investitionen im Bereich Solarenergie sind derzeit aufgrund der Förderung über das Energieeinspeisegesetz (EEG) und das Förderprogramm zur Solarwärmenutzung lukrativ. Die Bündnisgrünen hoffen, daß diese Voraussetzungen auch unter einer neuen Bundesregierung erhalten bleiben. Die Nutzung der regenerativen Energien sichert inzwischen Beschäftigung für viele Handwerksbetriebe und ermöglichte neue Arbeitsplätze zum Beispiel in der Solarfabrik Prenzlau.

Die Solarbundesliga ist ein Wettbewerb zwischen den Kommunen um die Meisterschaft in der Nutzung der Solarenergie. Veranstaltet wird die Liga von der Fachzeitschrift »Solarthemen« und der Deutschen Umwelthilfe. Entscheidende Faktoren sind die installierte Leistung im Bereich Solarstrom in Watt pro Einwohner sowie die Fläche thermischer Solarkollektoren pro Einwohner. Je 1 Punkt gibt es in der Photovoltaik für 3 Watt pro Einwohner und in der Solarthermie für 1 Quadratdezimeter (0,01 Quadratmeter) pro Einwohner. Die Addition der Punkte aus beiden Bereichen ergibt die Gesamtpunktzahl. Deutscher Meister 2004/05 wurde die bayerische Gemeinde Rettenbach mit 314 Punkten. Weitere Informationen unter www.solarbundesliga.de.

ANDREAS FENNERT,
Stadtverordneter Grüne/B90

Energie für eine nachhaltige Zukunft

Permakultur Jahrestagung zum ersten Mal in Eberswalde

»Energie« lautet das Thema der diesjährigen Jahreshauptversammlung vom deutschen Permakultur Institut e.V., die vom 16. bis 18. September zum ersten Mal hier in Eberswalde im Wald-Solar-Heim stattfand. Ein buntes Programm an Vorträgen, Workshops, Führungen und gemeinsamen Aktivitäten bot den TeilnehmerInnen ein abwechslungsreiches Themenangebot. Veranstaltungspunkte zur umweltschonenden Nutzung von regenerativen Energiequellen, nachwachsenden Rohstoffen sowie zu den verschiedenen Formen von Energie in unserem Lebensalltag regten zu vielseitigen Diskussionen, Anregungen und Denkanstößen

rund um das Thema »Energie« an. Auch die FH-Eberswalde beteiligte sich am Programm mit einem Vortrag von Prof. Dr. Murach und einer Führung durch den Forstbotanischen Garten. Einen besonderen Höhepunkt auf der Jahrestagung stellte der Vortrag des Züricher Friedensforschers Dr. phil. Daniel Ganser dar. Er verdeutlichte den Zuhörern, »was kommen wird, wenn das Öl geht«. In einer Zeit, in der bereits um die letzten fossilen Erdölressourcen Kriege geführt werden, wie es der Irak-Krieg verdeutlicht hat, ist diese Thematik von besonderer Brisanz.

DANIEL FISCHER

Tag der Erinnerung seit 60 Jahren

Am 9. September 1945 kamen in Berlin-Neukölln in der Werner-Seelenbinder-Kampfbahn 60.000 Menschen zusammen, um der



Millionen Opfer des Faschismus zu gedenken. Seitdem ist der zweite Sonntag im September zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung zu dem gefaßten Schwur von Buchenwald »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg« geworden.

Anlässlich dieses Gedenktages wurden am 11. September 2005 um 10 Uhr auf dem Karl-Marx-Platz am Ehrenmal der VVN in Eberswalde Blumengebinde durch die Linke.PDS Eberswalde und die Eberswalder Kreisorganisation der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft sowie weiteren Bürgerinnen und Bürgern der Stadt niedergelegt.

WILHELM LANGE

Ausländerbeirat hat sich konstituiert

Der neu gewählte Ausländerbeirat traf sich Ende August zu seiner konstituierenden Sitzung. Seine Mitglieder stammen aus Rußland, Belorußland, der Ukraine, Vietnam, der Türkei, Ungarn, Algerien und aus der BRD. Erstmals ist auch eine Spätaussiedlerin vertreten. Die Mitglieder des Beirates wählten Dr. Mohamed Hamdali aus Bernau zum Vorsitzenden. Er stammt aus Algerien und lebt seit 15 Jahren in der BRD. Längere Zeit leitete er die Koordinierungsstelle für Toleranz in Eberswalde. Jetzt ist er Mitarbeiter im Büro der Ausländer-

beauftragten des Landes Brandenburg. Seine Stellvertreterin ist die Basdorferin, Varvara Shanaa. Sie stammt aus Belorußland und arbeitet bei der Bernauer Caritas mit jugendlichen Migranten/innen. Alexandr Lopyrov wird den Beirat auch weiterhin im Ausschuß für Gesundheit, Senioren und Soziales vertreten. Varvara Shanaa wird beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuß und Sabine Stüber soll im Bildungs- und Kulturausschuß mitarbeiten.

CHRISTIAN TRILL,
Pressesprecher Landkreis Barnim

Deutsch-polnisches Jugendprojekt

Eberswalde (gwi). Anfang September fand eine erste Begegnung deutscher und polnischer Jugendlicher aus dem Gymnasium Nr. 1 in Police und aus der Oberschule Mitte in Eberswalde zum Thema »Arbeits- und KZ-Lager in Eberswalde und Police« statt. Grundlage des Treffens ist ein im Jahr 20Q4 zwischen dem Geschichtswissenschaftlichen Institut Eberswalde e.V. (GWI) und der Stadt Police abgeschlossenen Vertrages zur gemeinsamen Erfassung der Geschichte der Zwangsarbeit im Raum Eberswalde und Police. Schwerpunkt der Projektarbeit ist die gemeinsame Geschichte der Ar-

beitslager, der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Zwangsarbeit im II. Weltkrieg. Im Zusammenhang mit dem Besuch der polnischen Jugendlichen gab es im Wald-Solar-Heim eine Ausstellung, die sich mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigte.

Ende September trafen sich die Schüler dann in der polnischen Stadt Police. Das gesamte Projekt wird unterstützt durch die EU im Rahmen des Small Project Fund der Euroregion Pomerania, das DPJW, die Stadt Eberswalde und die bereitgestellten Gelder der privaten und öffentlichen Sponsoren.

Amtsblatt der Stadt Eberswalde

»Sponsoren« entscheiden über Inhalt

Beiträge der Fraktionen und Ortsbürgermeister werden fremdfinanziert

Eberswalde (bbp). Nur ein halbes Jahr war der im April 2004 beschlossene »Zensurparagraph« Bestandteil der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde. Die Kommunalaufsicht hielt die Regelung, wonach der Stadtverordnetenvorsitzende über die Inhalte der Beiträge der Ortsbürgermeister im Eberswalder Amtsblatt entscheiden sollte, für rechtswidrig.

Doch schon ein weiteres halbes Jahr darauf gab es wiederum Streit. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller wollte sich in der Juniausgabe zum Stadtwerkeverkauf äußern. Nach, wie sich später herausstellte, persönlicher Intervention durch Bürgermeister Reinhard Schulz wurde jedoch eine Veröffentlichung vor der für Juni geplanten Beschlussfassung der StVV unterbunden. Eine Veröffentlichung von Beiträgen im Amtsblatt liege »ausschließlich in der Entscheidung der Stadt« (gemeint ist dabei die Stadtverwaltung bzw. der Bürgermeister) ließ der Bürgermeister seine Pressesprecherin mitteilen. Es gebe keinen An-

spruch auf Veröffentlichung in der nächstfolgenden Ausgabe, auch wenn der betreffende Artikel rechtzeitig eingesandt wurde.

Weil damit das in der Hauptsatzung festgeschriebene Veröffentlichungsrecht ad absurdum geführt wird, protestierte Ortsbürgermeister Triller auf der StVV am 22. September gegen diesen neuerlichen Versuch der Zensur und verlangte eine Stellungnahme durch den Bürgermeister. Dieser bestand sichtlich genervt auf dem bereits von der Pressesprecherin mitgeteilten Standpunkt. Das Amtsblatt sei nicht für die Veröffentlichung der Privatmeinung von Herrn Triller da.

Der über die amtlichen Veröffentlichungen hinausgehende Teil des Amtsblattes – also auch die Beiträge der Fraktionen und Ortsbürgermeister – werde von Sponsoren finanziert, bestätigte Schulz auf Nachfrage eines Stadtverordneten. Diese Sponsoren hätten zu den Beiträgen des Finower Ortsbürgermeisters ihr Mißfallen geäußert.

Lex Spangenberg

Eberswalde (bbp). »Nein«, sagte auf die entsprechende Frage des Stadtverordneten Ingo Naumann (Grüne/BFB) der ZWA-Verbandsversammlungsvorsitzende Rainer Schneider, »es besteht kein Zusammenhang mit der Person des Eberswalder Vertreters Dr. Günter Spangenberg. Es geht um die Gleichstellung der Gemeinden, die alle nur einen Vertreter in der Verbandsversammlung haben.« Dann ergänzte er aber: »Es geht auch darum, die Statements zu versachlichen. Wir wollen, daß die Stadt mit einer Meinung in der Versammlung spricht.«

Zu diesem Zweck soll die ZWA-Satzung geändert werden. Eberswalde behält zwar seinen 50prozentigen Stimmenanteil, soll künftig aber nur noch mit einem Vertreter an der Zweckverbandsversammlung teilnehmen. Nach dem, wie Dr. Siegfried Adler (FDP) bemerkte, aus dem Dritten Reich stammenden Verbandsgesetz würde die Stadt dann automatisch vom Bürgermeister vertreten werden.

Der zweite Sitz wurde bisher von der Stadtverordnetenversammlung besetzt, die dafür Ende 2003 mit den Stimmen aller Fraktionen

den BKB-Fraktionsvorsitzenden Dr. Spangenberg bestimmte.

Der PDS-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Sachse äußerte die erheblichen Bedenken seiner Fraktion. Hier werde versucht, Probleme, die jemand mit einer bestimmten Person habe, mittels Satzungsänderung zu lösen. Sachse wandte sich dagegen, daß die Stadtverordneten freiwillig auf Kontroll- und Mitbestimmungsrechte verzichten. Die Stadtverordneten sollten daher eine Liste von Themen und Beschlüssen beschließen, die nicht ohne ihr vorheriges Votum vom städtischen Vertreter in der ZWA-Versammlung beschlossen werden dürften. Die Mehrheit in der StVV von SPD, CDU und FDP folgte diesem Vorstoß nicht und sorgte schließlich dafür, daß die Verwaltungsvorlage mit 19 gegen 13 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen wurde.

An dieser Entscheidung änderte am Ende auch Dr. Spangenburgs Rücktritt von seinem ZWA-Sitz nichts mehr, der damit einen letzten vergeblichen Versuch unternahm, die demokratische Mitsprache der StVV auf dem bisherigen Stand zu halten.

Dienstaufsichtsbeschwerde und Staatsanwalt

Eberswalde (bbp). In Sachen Verkauf der letzten städtischen Anteile an der Stadtwerke Eberswalde GmbH ist der letzte Aktendeckel noch nicht zugeklappt. Beim Vorsitzenden der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ging kürzlich eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein, in der Bürgermeister Schulz im Zusam-

menhang mit dem Stadtwerkeverkauf ein unkorrektes Verhalten vorgeworfen wird. Seitens des Aktionsbündnisses »Unser Eberswalde« verlaublich zudem, daß sich die brandenburgische Generalstaatsanwaltschaft derzeit mit den Umständen des Verkaufs der Stadtwerke Eberswalde GmbH befaßt.

Broschüre contra Zensur

Finow (bbp). Während Bürgermeister Reinhard Schulz die Meinung vertritt, er könne Kraft seines Amtes als Herausgeber über das Erscheinen von Beiträgen der Fraktionen und Ortsbürgermeister im Eberswalder Amtsblatt entscheiden, nutzte der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller ein anderes Mittel, um seine Auffassungen über die »Zensur im Amtsblatt« den Finowerinnen und Finowern zu kommen zu lassen. Gemeinsam mit seinen Helfern verteilte er in der ersten Oktoberwoche mehrere Tausend Exemplare einer Broschüre mit seiner Antwort an den Bürgermeister.

Stadtwerke Eberswalde:

Gewinn 2004 verdoppelt

In der September-Ausgabe stand in der BBP die Frage zur Diskussion: »Wieviel sind die Stadtwerke wert?« Der Antwort lagen die Zahlen des Geschäftsberichtes der Stadtwerke Eberswalde GmbH für das Jahr 2003 zugrunde. Auf dieser Grundlage konnte der für die Bewertung der Ertragslage der Stadtwerke maßgebliche Cash-Flow ermittelt werden. Inzwischen liegen Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung auch für das Jahr 2004 vor.

Demnach konnten die Stadtwerke ihren Jahresüberschuß von ca. 1,29 Millionen Euro im Jahr 2003 mehr als verdoppeln. Am Ende des Jahres 2004 lag der Überschuß bei 2,74 Millionen Euro. Auch die zu berücksichtigenden Abschreibungen wuchsen um fast 1,2 Millionen Euro, so daß der Brutto-Cash-Flow binnen eines Jahres von 4,9 Millionen auf 7,6 Millionen Euro anstieg. Zusammen mit den 2 Millionen Euro Ertragssteuern (2003: 1,75 Millionen Euro) ergibt das für 2004 einen Netto-Cash-Flow von 9,6 Millionen Euro, das sind 3 Millionen mehr als 2003.

Um anhand des Cash-Flows den Unternehmenswert zu ermitteln, hatten wir einen Zinssatz von 5 Prozent auf das einzusetzende Kapital unterstellt, auch wenn auf dem Kapitalmarkt gegenwärtig bestenfalls Renditen zwischen 2 und 3 Prozent zu erzielen sind. Aus den 2003er Unternehmenszahlen ergab sich so ein Kapitalwert der Stadtwerke von 133 Millionen Euro, das sind 34,6 Millionen Euro für den 26prozentigen Anteil der Stadt Eberswalde an den Stadtwerken. Der so berechnete Kapitalwert würde, so unsere Vermutung, bis Ende 2005 auf 140 Millionen Euro steigen. Wie sich nun herausstellt, war das eine beträchtliche Unterschätzung der Entwicklungspotentiale der Stadtwerke. Nunmehr errechnet sich bereits mit dem 2004er Ergebnis für die Stadtwerke Eberswalde GmbH ein Kapitalwert von 192 Millionen Euro. Das wären 50 Millionen Euro für den städtischen Anteil, den die Stadt in diesem Jahr für 16,7 Millionen Euro veräußerte. Für die beiden Käufer EWE und EON-e.dis also ein echtes Schnäppchen.

GERD MARKMANN

Leitbilddiskussion in der Stadt Eberswalde

Eberswalde (bbp). Initiiert vom Verein »Lokale Agenda 21 Eberswalde« wurden Anfang des Jahres 40 Anfragen an Vereine und Organisationen der Stadt verschickt. 17 Gruppen antworteten. Als wichtigste Themen für die Zukunft wurden genannt: Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Kinder und Jugend, Lebensqualität, Wohnen und Soziales, Stadtstruktur sowie Kultur, Freizeit und Sport. Der Vereinsvorsitzende Frank Wruck stellte fest, daß die Zeit großer Industrieansiedlungen vorbei sei. Und für den Tourismus könne die Stadt bestenfalls Ausgangspunkt sein. Es ist also Kreativität gefragt. Ende März/Anfang April hatten die Fraktionen in der StVV die Gelegenheit genutzt, ihre Standpunkte darzulegen.

F.D.P.

Für die FDP forderte deren damaliger Fraktionsvorsitzender Dirk Amelung die Besinnung auf die alten Traditionen als Verwaltungs- und Gesundheitszentrum. Im 19. Jahrhundert sei Eberswalde Luftkurort und Bäderstadt gewesen. Heute böten das Forßmann-Krankenhaus, die Landeslinik, ein breitgefächertes Apothekennetz und vielseitige Angebote im Pflegebereich bis hin zu einem modernen Hospiz gute Voraussetzungen, daran anzuknüpfen. Das seien medizinische Strukturen, die ihresgleichen suchen. Hinzu komme die gute Verkehrsanbindung per Bus und Bahn. Altenbetreuung schaffe Arbeitsplätze, so Amelung. Weitere Schwerpunkte sind für die FDP der Ausbau der Innenstadt. Dabei sei auch die Friedrich-Ebert-Straße Süd noch nicht vom Tisch. Stärkung des Mittelstandes, Stärkung des Hochschulstandortes Eberswalde, Regenerative Energie und Holz, sind weitere Schlagworte im Programm der FDP. Die Standortvorteile durch die Superinfrastruktur von Kita bis zur Schule sollten in den Berliner Randgebieten mehr bekannt gemacht werden, meinte Dirk Amelung.

CDU

Die Stadtfraktion und der Stadtverband der CDU sieht die Kernaufgabe in der Erhaltung und Stärkung Eberswaldes als Wohnstandort, um Bevölkerungs- und damit Steuerrückgang zu stoppen und umzukehren. Eberswalde als Verwaltungsstandort sei zu stabilisieren. Das erfordere die Neuansiedlung von Landes- und Bundesbehörden, den Erhalt des Gerichtsstandortes sowie den Neubau des Kreishauses auf dem Pavillonplatz. Ihr Augenmerk richtet die CDU auf die Schaffung bzw. Ansiedlung hochtechnisierter Industrie. An den Schulen sollten besonders die technischen Fächer gefördert werden. Notwendig sei die Vernetzung von Schule, Fachhochschule und Wirtschaft, um konkurrenzfähige Arbeitsplätze und neue Produkte zu schaffen. Schulen sollen Magnet für Zuzügler und das Umland sein und deshalb die technische und räumliche Ausstattung für besondere Bildungsangebote erhalten. Die Wissensgesellschaft dürfe nicht durch Vandalismus, Unrat, Zerfall, Halbrüinen und insbesondere Graffiti und »ähnlichem Unwesen« geschwächt werden. »Ordnung und Sauberkeit, konsequente Verfolgung und Beseitigung von Schandflecken« seien für ein positives Erscheinungsbild und Klima in der Stadt notwendig. Diese Rahmenbedingungen könnten die Abwanderung junger Leute stoppen. Vorrangige Projekte für die CDU sind: die Entwicklung des Bahnhofsvorplatzes, die Entwicklung des Brauereistandortes zu einem Kulturzentrum und des Passagekinos zu einem Programm kino. Eberswalde habe Standortvorteile durch die Infrastruktur Wasser, Straße, Schiene, Luft und die geografische Nähe zu Berlin. Diese Vorteile seien weiter auszubauen durch die B-167neu und die Telekomstraße. Weitere Stichpunkte sind Ge-

sundheitsstandort und Seniorenstandort, wobei es aber nicht um die alleinige Ausrichtung auf eine Altstadt gehen dürfe. All das würde Arbeitsplätze schaffen.

SPD

Die SPD setzt sich zum Ziel, Eberswalde zu einer attraktiven Stadt zu entwickeln. Dazu gehört die Anbindung an die Autobahn, an den Kanal mit Binnenhafen, an Flugplatz und Eisenbahn. Eberswalde sei ein Verkehrsknoten und kann auf zahlreiche Highlights verweisen: Fachhochschule, schönster kleiner Zoo, Freizeitbad, Sporteinrichtungen und Stadien. Dieses Fundament sei zu sichern, zu erneuern und zu erweitern. Daher setze sich die SPD dafür ein, daß Eberswalde den Status eines Oberzentrums erhalte. Auf dem Gebiet Arbeit, Wirtschaft und Tourismus



Dieses Leitbild galt bis vor 15 Jahren.

Linolschnitt: Siegfried Kersten

setzt die SPD auf die Unterstützung kleiner Betriebe und des mittelständischen Gewerbes. Ziel seien kurzfristige Bearbeitungen und schnelle Entscheidungen in der Verwaltung, um neue Unternehmen anzusiedeln. Das Rundumprogramm der SPD enthält des weiteren: Entwicklung des Areals Bahnhofsvorplatz mit Verlegung Busbahnhof, Lücken im Radnetz schließen, Entlastung der Innenstadt vom Verkehr – daher die Unterstützung für die B167neu, die Telekomstraße und den Eichwerder Ring –, Entwicklung des Finowkanalbereiches (Beitritt in AG WIN). Oberste Priorität im Baugeschehen genieße weiterhin die Sanierung von Kitas und Schulen. Schulstandorte in einzelnen Stadtteilen sollten erhalten bleiben. Weitere Aufgaben: Sicherung von Frauenhaus, Suppenküche, Tafelladen und Arbeitslosenzentrum, Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße (Süd), konsequente Umsetzung des Beschlusses zur Barrierefreiheit, Schließung der letzten Baulücken in der Stadt und Mieten müssen bezahlbar bleiben.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Grüne/BFB sieht als Schwerpunkte für das Leitbild die Stabilisierung der Einwohnerzahl auf 40.000 und Perspektiven für junge Familien. Voraussetzung seien sichere Arbeitsplätze in traditionellen Bereichen Metallverarbeitung und Gesundheitswesen sowie in Kreis- und Landesbehörden.

Besonderes Augenmerk lenken Grüne/BFB auf den Gesundheitssektor (Gesundheitsregion). In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule sei Eberswalde zu einem Kompetenzzentrum für innovative Holzverarbeitung und Nutzung von Biomasse und regenerativen Energien auszubauen. Für eine Wachstumsbranche Tourismus sprechen die Finowkanalregion, die Industriedenkmale, der Rad- und Boottourismus, die Wassertourismusinitiative Nord (WIN). Wichtig seien die weichen Stadtfaktoren: Erscheinungsbild der Stadt, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitmöglichkeiten, Kinderbetreuung, Schulen, Kulturangebote und Umweltqualität.

Als wichtigste Aufgabe sehen Grüne/BFB die Entwicklung eines attraktiven Stadtzentrums (incl. Karl-Marx-Platz und Eisenbahnstraße). Gute Voraussetzungen seien durch die Pläne für den Pavillon- und Marktplatz vorhanden. Schandflecken wie das Kontakt-Kaufhaus und die Brauerei sollten schnellstens verschwinden. Zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Innenstadt präferieren Grüne/BFB den schnellen Ausbau des Lichterfelder Wegs und die Altstadtumfahrung durch den Schellengrund (Planungen sind seit langem vorhanden).

Die gute Verkehrsanbindung durch die Bahn sollte genutzt werden, indem ausreichende Parkplätze am Bahnhof zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehöre auch die Verlegung des Busbahnhofs. Weitere Stichpunkte: Radverkehr, Bildung (Sanierung der städtischen Schulen und deren gute Ausstattung). Die Investitionsmittel sollten vorrangig dort eingesetzt werden. Bestandteil des Leitbildes sollte zudem eine starke Bürgerorientierung in Politik und Verwaltung sein, mit gegenseitigem Vertrauen und bürger-schaftliches Engagement.

Linkspartei.PDS

Die Linkspartei.PDS sieht die Stadt Eberswalde in ihrer Entwicklung an einem Wendepunkt. Die bisherigen Planungs- und Handlungsgrundlagen seien überholt, die Zeit der großen Förder-töpfe sei vorbei. Dieser Wendepunkt ist deutlich zu spüren: Die Eberswalder gehen auf Distanz, was sich an der Wahlbeteiligung zeige. Sie klinken sich aus. Folge seien Abwanderung, Überalterung, zunehmendes Armutsrisiko für immer größere Teile der Bevölkerung. Folge der Folge ist weiterer Attraktivitätsverlust.

Nötig sei eine Vision, die die Möglichkeiten einer positiven Entwicklung formuliert sowie die Bündelung aller Kräfte, die für eine zukunftsorientierte Entwicklung Eberswaldes arbeiten wollen. Hierfür hat die PDS-Fraktion 5 Thesen formuliert:

Eine Wahlnachlese

von Helmut Braunschweig

1. Eberswalde bündelt Kräfte zwischen Oder und Havel, fördert die Entwicklung der Region Uckermark/Barnim, Zusammenarbeit mit Gemeinden der Region, Dienstleistungszentrum der Region
2. Eberswalde entwickelt den Bausatz für die Technik von Morgen: Standort für Entwicklung und Herstellung zukunftsfähiger Technologien, bekennt sich zur Tradition als Standort hochwertiger Industrieprodukte mit Schwerpunkt Metallverarbeitung; aktive Förderung innovativer mittelständischer Unternehmen
3. Eberswalde ist familienfreundlicher Treffpunkt der Generationen: Förderung von Zuwanderung; attraktives Wohn- und Lebensumfeld für Menschen aller Generationen; hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien; Entwicklung von Beschäftigungsformen, die Familie und Beruf an einem Ort verbinden
4. Eberswalde lebt von seinen Stadtteilen: Schulen und Kitas als Orte der Begegnung, Bildung und Kultur für alle Generationen sowie Gruppen im Stadtteil; Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Initiativen in den Stadtteilen fördern
5. Eberswalde entwickelt sich im Dialog mit seinen Einwohnern: Politik und Verwaltung verstehen sich als Dienstleister für die gesamte Bürgerschaft; bürgernah und transparent; suchen in allen Fragen frühzeitig und aktiv den Dialog mit den Einwohnern.

Allianz Freie Wähler

Die Fraktion der Allianz Freie Wähler (bisher: BKB/Freie Wähler) bringt folgende Gedanken in die Leitbilddiskussion ein:

Bürgerinteressen stärker in Mittelpunkt, stärkere Einflußnahme der Bürger auf die Politik, keine Angst vor Meinung der Bürger. Mehr Rederechte der Bürger in der StVv und in den Ausschüssen, weniger Tischvorlagen und Verzicht auf Geheimniskrämerei. Konzepte und Pläne sind der schrumpfenden Bevölkerung anzupassen. Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit und soziale Leistungen dürfen nicht dem Geldmangel zum Opfer fallen. Reduzierung von Ausgründungen kommunaler Betriebe (Rückführung der Technischen Werke in die Stadt und damit Wiederherstellung der Kontrolle durch die Stadtverordneten). Stadtverwaltung als Dienstleister für die Bürger (Verwaltungsakte kürzer, transparenter und verständlicher).

Weitere Stichpunkte sind: Nachhaltigkeit, Ökologie und Umwelt; Förderung Solarenergie, Reduzierung Verkehrsbelastung, Förderung ÖPNV und nichtmotorisierter Verkehr, Stadthaushalt in Ordnung bringen und hausgemachte Probleme bekämpfen, Stärkung der stadt eigenen wirtschaftlichen Potenzen (ansässige Unternehmer und gründungswillige Einwohner statt auf Fördermittel erpichte Fremdinvestoren), Schutz vor ungerechtfertigten Preisen und Gebühren des ZWA, verkehrstechnisches Nadelöhr »Bahnhofsbrücke« dauerhaft überwinden, Konzentration auf die zweite Bahnquerung Lichterfelder Weg.

Inzwischen trat in der Diskussion eine Pause ein. Nicht nur wegen den Sommerferien, sondern wohl auch wegen der vorgezogenen Bundestagswahl. In den nächsten Wochen wird in der Stadt Eberswalde die Diskussion um den Haushalt 2006 die Gemüter bewegen. In diesem Zusammenhang könnte auch die Leitbilddiskussion wieder an Fahrt gewinnen.

Sie haben wieder mal gewählt, die lieben Deutschen. Einer hat dazu an seine Haustür geschrieben: Bei mir brauchen Sie nicht zu jammern, ich habe CDU gewählt. Das könnten auch jene tun, die SPD, FDP, Grüne oder gar NDP gewählt haben. Die beiden großen Volksparteien werden nun wohl Hartz IV gemeinsam voranbringen und sich weiter am Volk versündigen. Bleibt nur zu hoffen, daß ihnen der scharfe Ostwind die Stimmen der Linkspartei laut und vernehmlich ins Ohr bläst.

Hoch sollen alle die leben, die mit dazu beigetragen haben, daß deutschlandweit 8,7 Prozent der Stimmen auf die Linke fielen. Im Wahlkreis Barnim/Uckermark sind es 29,2 Prozent der Zweitstimmen, das ist eine Zunahme von 10,6 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 2002.

Daß es jedoch im ganzen Land Brandenburg nicht zu einem einzigen Direktmandat für die Linken gereicht hat, gibt Anlaß zum Nachdenken. Persönlich hätte ich aufgrund der Stimmungslage und der vielen Proteste gegen den Sozialabbau auf allen Gebieten mehr erwartet. Aber es geht ihnen, den lieben Deutschen hier in Brandenburg, wohl noch nicht dreckig genug. Die Brosamen der Superreichen aus den Glaspalästen von Konzernen, Banken und Versicherungen genügen noch, um nicht in Elend leben zu müssen.

Es muß viel mehr der Gleichgültigkeit und Gutgläubigkeit entgegen gewirkt werden. Es kann doch nicht egal sein, ob so wenige Kinder geboren werden, weil niemand in diesem Land für sie eine sichere Zukunft garantiert. Es kann nicht egal sein, ob noch ein paar mehr junge Leute Almosenempfänger werden und auf der Straße liegen. Sollen sie sich vielleicht freiwillig für einen Auslandseinsatz bei der Bundeswehr melden und für Ölkonzerne die »Schätze des Orients« heben, nachdem genügend von den »Ureinwohnern« zur Strecke gebracht wurden? Es kann nicht egal sein, ob bald Haus und Hof unter den Hammer kommen, weil die

Belastungen durch Kommunalabgaben in Schwindel erregende Höhen steigen. Und es kann nicht egal sein, ob es Kinderarmut in erschreckender Höhe gibt, das Arbeitslosenheer immer größer wird und der steigende Anteil der Senioren die Rentenkassen schrumpfen läßt. Die Folgen daraus sind gar noch nicht absehbar!

Wo ist denn der viel gerühmte Reichtum Deutschlands geblieben? Wo liegt der Schatz versteckt? Wo muß er gefunden und gehoben werden? Auf diese Frage hatte die Wahlalternative Linke eine Antwort gegeben. Aber die wird kaum gedruckt oder anderweitig veröffentlicht in den von CDU, SPD, FDP und Grünen kontrollierten und manipulierten Massenmedien. Es ist wieder soweit: Nur das Geld regiert die Welt!!!

Ohne die nötigen finanziellen Mittel kommst du in diesem gelobten Rechtsstaat nicht weit. Da kann nur die solidarische Kraft vieler Oppositioneller und deren außerparlamentarisches Wirken helfen, um die Regierenden nicht vergessen zu lassen, auf wessen Kosten sie leben. Wie haben wir immer gesagt? Warten wir's ab, es gibt noch viel zu tun.

Aber die Bürgerbewegung im Brandenburger Land hat keine Zeit zum Ausruhen. Die »Allianz freier Wähler« hatte sich im Wahlkampf mit allen linken Kräften vereint gefühlt und damit zum Wahlerfolg beigetragen. Jetzt kommt es darauf an, den Kampf gegen Verwaltungsbürokratie, die endlos steigenden Gebühren für Wasser/Abwasser, Energiepreise, Demokratieabbau, Hochrüstung und militärische Auslandseinsätze wirkungsvoll weiter zu führen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Linke.PDS und WASG im Barnim an die Angebote der Allianz freier Wähler erinnert und ihre von Sachkenntnis geprägten Vorschläge in den Parlamenten nachdrücklich verwertet. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten mit Sicherheit viel zu tun geben.

Unser Autor ist Mitglied der Allianz freier Wähler

Nicht befugt

In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Anfragen, die einzelne Stadtverordnete direkt an Mitarbeiter der Stadtverwaltung richteten. Da sichergestellt werden muß, daß die Beantwortung unter Beachtung aller vorhandenen Informationen richtig und vollständig erfolgt, obliegt es ausschließlich den Fachdienstleitern und deren Dezernenten, Auskünfte zu erteilen. Die übrigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind daher nicht ohne Einschaltung ihres Fachdienstleiters oder des zuständigen Dezernenten befugt, Anfragen zu beantworten.

REINHARD SCHULZ, Bürgermeister

Finanzkonzept

Eberswalde (bbp). Bis zum Jahresende soll die Eberswalder Stadtverwaltung ein langfristiges Finanz- und Nutzungskonzept für den Kulturbetrieb, gestaffelt nach Museum, Bibliothek und Regiebetrieb (untergliedert nach Tierpark, Familiengarten und Haus Schwärzetal) erarbeiten und den Stadtverordneten vorlegen. Einem Antrag der PDS-Fraktion gaben die Stadtverordneten ihre einstimmige Zustimmung. Christoph Mix (CDU) mahnte darüberhinaus an, daß die Finanzdaten bereits vorher für die diesjährige Haushaltsdiskussion zur Verfügung stehen sollten.

Holzhaus abgebaut

Infos aus dem Ausschuß für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales

Eberswalde (prest-ew). Zur Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales der StVV Eberswalde am 20. September 2005 im Museum in der Adler-Apotheke wurden folgende Themen diskutiert:

1. Die Anfrage im Ausschuß zur derzeitigen Situation im »Park am Weidendamm« wurde durch den Leiter der AG Öffentliche Ordnung beantwortet. Bezugnehmend auf die Sitzung im Juni konnte er einen Trend zu mehr Sauberkeit und Ordnung konstatieren. Das Holzhaus auf dem Parkgelände, das ständig Vandalismus und Vermüllung ausgesetzt war, wurde abgebaut und steht nun auf dem Gelände des Wald-Solar-Heimes. Auch das Ärgernis Hundekot hat sich vermindert, ist aber noch lange nicht beseitigt. Das trifft auch für die herumliegenden Scherben zu. Die Stadtverwaltung unterstützt alle Aktivitäten, die zu einer positiven Bereicherung des Parks beitragen. Sportliche Aktionen, Kinderfeste u.ä. sollen in einem Konzept Berücksichtigung finden, für das derzeit Ideen zusammengetragen werden.

2. Die Leiterin des Museums Ingrid Fischer stellte die Arbeit des Museums im 100. Jahr seines Bestehens vor. Die Festveranstaltungen dazu finden am 7. und 8. Oktober statt.

3. Dem Antrag des Vereins »für frauen e.V.« auf Gewährung einer finanziellen Zuwendung für die Betreibung des Frauenhauses wurde unter Berücksichtigung einer Kürzung der geplanten Mittel zugestimmt. Um dem Träger mehr Sicherheit in seiner Arbeit zu gewähren, ist eine institutionelle Förderung anzustreben.

Im Frauenhaus wird eine steigende Tendenz der Belegung registriert. 2004 waren 32 Frauen und 40 Kinder zu versorgen. Die Auslastung beträgt im Durchschnitt fast 70 %. Zwei Sozialarbeiterinnen sichern die Betreuung. Das Haus ist 24 Stunden am Tag telefonisch erreichbar. 2005 mußten nach zehnjähriger Nutzung umfangreiche Renovierungen vorgenommen werden und Möbel waren zu ersetzen. Der Verein ist sehr an Sponsoren interessiert und auf deren Hilfe mit angewiesen.

4. Um eine effektive Zusammenarbeit in der AG Hartz IV zu erreichen, appellierte der Ausschußvorsitzende Hardy Lux nochmals an die Fraktionen, Vertreter für die AG zu benennen und an den Beratungen teilzunehmen.

5. Die AG Ehrenamt muß sich neu formieren, da Marina Pippel den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen kann. Die organisatorischen Vorbereitungen laufen über den Fachdienst Bildung und Jugend. Für die Mitarbeit erklärten sich Prof. Joachim Hans Bergmann (CDU) und Marita Papenfuß, sachkundige Einwohnerin, bereit.

6. Für die Umsetzung der Leitlinien »Soziale und kulturelle Angebote in der Stadt Eberswalde« werden für alle Stadtteile Sozialraumkonferenzen geplant.

Transparenz-Anträge zurückgezogen

Eberswalde (bbp). Nachdem sie im März dieses Jahres von der StVV-Mehrheit zur Klärung rechtlicher Fragen an den Hauptausschuß verwiesen worden waren, lagen die fünf Anträge der Fraktion BKB/Freie Wähler zur Transparenz kommunaler Unternehmen am 22. September erneut auf dem Tisch der Stadtverordneten. Vorab wurde eine fast 80seitige Stellungnahme eines Berliner Rechtsanwaltsbüros an die Fraktionsvorsitzenden verschickt. Auf der StVV-Sitzung selbst lagen den Stadtverordneten außer den unveränderten BKB-Anträgen keine Unterlagen vor. Auch Änderungsanträge

gab es keine. Nach dem Statement von Wolfgang Sachse, der im Namen der PDS-Fraktion zwar dem Grundanliegen nach mehr Transparenz zustimmte, zu den vorliegenden Anträgen jedoch wie schon im Frühjahr zahlreiche Bedenken vorbrachte, zeichnete sich die Ablehnung der Anträge ab. Dr. Günter Spangenberg zog daher die Anträge seiner Fraktion ohne weitere Begründung zurück. Seine Fraktion behalte sich vor, sagte Dr. Spangenberg nach der StVV-Sitzung gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«, das Thema »Transparenz« zu gegebener Zeit erneut in die StVV zu bringen.

Aufsichtsratsentschädigungen

Eberswalde (bbp). »Alle Aufwandsentschädigungen«, hieß es in einem der fünf »Transparenz«-Anträge der StVV-Fraktion BKB/Freie Wähler, »die Stadtverordnete im Zusammenhang mit ihrem Mandat erhalten, sind offenzulegen«. Die Unternehmen mit kommunaler Beteiligung sollten diese Informationen der Stadt übermitteln, die diese personenbezogene Übersicht über die gezahlten Aufwandsentschädigungen öffentlich machen sollte. Diese Transparenz ist bisher nur zum Teil gewährleistet. Zumindest nachvollziehbar wird die Zahlung der Aufwandsentschädigungen bei den Aufsichtsräten der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs- GmbH (WHG) und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eberswalde (WFGE), die die Gesamtsumme der gezahlten Aufwandsentschädigungen in ihren Geschäftsberichten veröffentlichten. Demnach erhalten die elf Mitglieder des WHG-Aufsichtsrates je-

weils 1000 Euro und die zehn Mitglieder des WFGE-Aufsichtsrates je 600 Euro pro Jahr. Bei den Stadtwerken liegt die jährliche Aufwandsentschädigung pro Aufsichtsratsmitglied bei 2000 Euro, wie eine Leserin der BBP herausgefunden hatte (BBP 4/2005). In dem für die Öffentlichkeitsarbeit bestimmten Geschäftsbericht der Stadtwerke fehlen diese Angaben. Gleiches gilt für die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) und die Laga GmbH.

Künftig sind Stadtverordnete allerdings nur noch in den Aufsichtsräten der WHG und der TWE vertreten. Bei den Stadtwerken erfolgt mit Wirkung 31.12.2005 der Verkauf der städtischen Anteile, die Laga GmbH wurde vor einem Jahr aufgelöst und die WFGE gehört inzwischen zur TWE. Bei weiteren Gesellschaften, z.B. der Krankenhaus-Holding, liegt der städtische Anteil unter 25 Prozent.

Wenig Bedarf an »preisgünstigen« Wohnungen

Eberswalde (bbp). Nach dem Brandenburgischen Belegungsbindungsgesetz (BelBindG) vom 26.10.1995 unterliegen 50 Prozent der Wohnungen von Unternehmen, denen Teilentlastung oder Zinshilfe nach dem Altschuldenerhilfegesetz gewährt wurde, einer Belegungsbindung. Weniger verdienende Haushalte können sich so per Wohnberechtigungsschein mit angemessenen Wohnungen versorgen. »Die Entscheidung über die Frage, in welchem Umfang Wohnungen nach den örtlichen wohnungswirtschaftlichen Verhältnissen ... von den Belegungsbindungen freizustellen sind«, heißt es in Paragraph 2 des Gesetzes, »treffen die Gemeindevertretungen«. In der Verwaltungsvorschrift zum BelBindG wird dieses souveräne Entscheidungsrecht der Volksvertreter zur Entscheidungspflicht umgedeutet, wonach der Umfang der Belegungsbindungen den zur »angemessenen« Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Anteil nicht überschreiten »darf«.

Die Eberswalder Stadtverordneten kamen dieser Pflicht auf ihrer Sitzung am 22. September nach. Insgesamt wurden 816 Wohneinheiten der städtischen Wohnungsbau- und Haus-

verwaltungs- GmbH (WHG) rückwirkend zum 1.7.2005 von der Belegungsbindung freigestellt. Die Freistellungsquote erhöhte sich dadurch von bisher 57,9 auf 80,4 Prozent. Die Zahl der gebundenen Wohnungen der WHG reduziert sich von 1.470 auf 654. Davon befinden sich 277 Wohnungen im Brandenburgischen Viertel, 140 in Finow-Ost, 159 in Westend und 45 im Leibnizviertel.

Insgesamt unterliegen damit in der Stadt Eberswalde 948 Wohnungen der Belegungsbindung gem. BelBindG. Zuzüglich der 655 Sozialwohnungen gelten somit in Eberswalde 1603 Wohnungen als »preisgünstig«. Weitere 3116 »weniger preisgünstige« Wohnungen unterliegen einer Belegungsbindung nach dem WoBindG. Die Reduzierung der Belegungsbindung erfolgt unter Vorbehalt. Sollten sich Probleme in der Wohnraumversorgung (z.B. durch Hartz IV) ergeben, erfolgt eine entsprechende Anpassung im Kooperationsvertrag mit der WHG. Wäre keine Übereinkunft zwischen der Stadt und dem Wohnungsunternehmen zu erzielen, tritt automatisch die Bindungsquote von 50 Prozent in Kraft.

Krankenhausfusion im Nordosten Brandenburgs

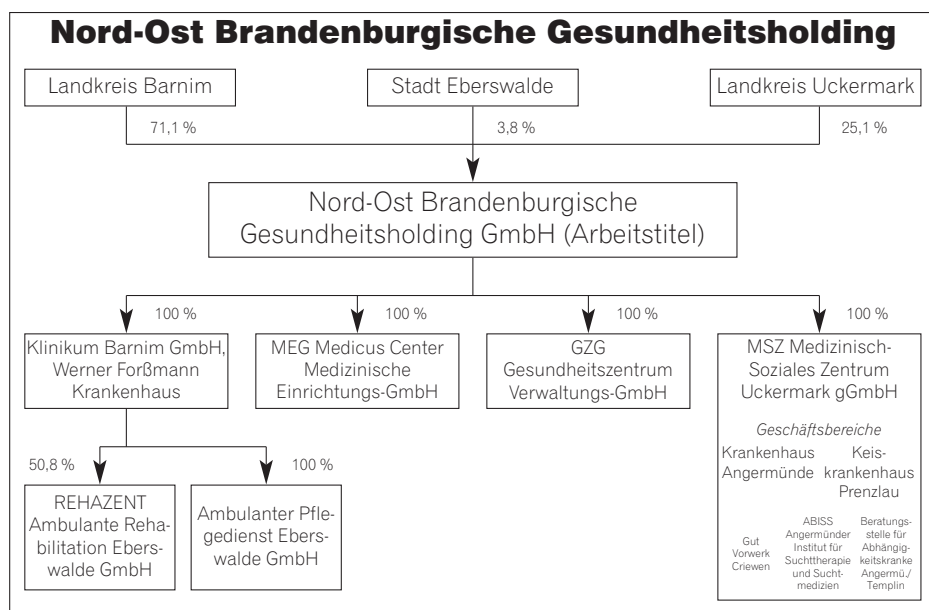
Eberswalde (bbp). Die ESGH GmbH Eberswalder Sozial- und Gesundheits- Holding und die Medizinisch- Soziales Zentrum Uckermark gGmbH gehen künftig einen »gemeinsamen Weg«, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung der beiden Landkreise Barnim und Uckermark. »Primäres Ziel dieser strategisch ausgerichteten Partnerschaft ist es, die Krankenhauseinrichtungen beider Gesellschaften den Marktgegebenheiten flexibel anzupassen, Know-how zu bündeln, Synergien zu heben und betriebliche Optimierung zum Vorteil der Patienten und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte umzusetzen«.

Derzeit stehe das Gesundheitswesen und speziell der Krankenhausmarkt im Spannungsverhältnis staatlicher Investitionsfinanzierung, der Pflegefinanzierung durch die Krankenkassen, steigendem Bedarf der Patienten angesichts der demographischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts sowie einem zunehmenden Wettbewerbsdruck. Im Rahmen der Partnerschaft wollen sich der Landkreis Barnim, der Landkreis Uckermark und die Stadt Eberswalde in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammenschließen. Die ESGH GmbH Eberswalde soll zukünftig als gemeinsame Holdinggesellschaft fungieren

und wird im Hinblick auf die Kooperation der Vertragsparteien in die Nord-Ost Brandenburgische Gesundheitsholding GmbH1 umfirmiert. Der Landkreis Uckermark wird 100 % der Geschäftsanteile an der Medizinisch- Soziales Zentrum Uckermark gGmbH gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in die Nord- Ost Brandenburgische Gesundheitsholding GmbH einlegen.

»Auch nach der gesellschaftsrechtlichen Verschmelzung«, wird versichert, »werden die Häuser beider Gesellschaften ihren im Rahmen des Krankenhausplanes des Landes Brandenburg definierten Versorgungsauftrag wahrnehmen. Natürlich wird es aufgrund der räumlichen Entfernung bei eigenständigen Krankenhausbetrieben bleiben.« Mit der Neuorganisation werde nicht nur eine Sicherung der annähernd 1.400 Arbeitsplätze erreicht, sondern der Versorgungsauftrag verbleibe auch in Öffentlicher Hand, »ganz im Gegensatz zu den in letzter Zeit immer wieder zu beobachtenden Tendenzen, daß seither in Öffentlicher Trägerschaft befindliche Krankenhäuser von privaten Krankenhausbetreibern übernommen werden oder sich der bisherige Träger lediglich noch eine Sperrminorität vorbehält«.

Die Stärken des Verbundes werden daneben in der herausragenden Positionierung im regionalen Gesundheitsmarkt gesehen. »Diese liegen vor allem in der Patientenorientierung als integralem Bestandteil eines Qualitätsmanagementsystems, den unterdurchschnittlichen Fallkosten und der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit.«



Beteiligungsberichte mit großer Verspätung

Eberswalde (bbp). Mit beachtlicher Verspätung erhielten die Barnimer Kreistagsabgeordneten im August 2005 die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsberichte des Landkreises für die Geschäftsjahre 2002 und 2003. An neun Gesellschaften ist der Landkreis Barnim direkt beteiligt. Maßgeblichen Einfluß hat der Landkreis als Allein- oder Mehrheitsgesellschafterin auf die RLB – Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH (Beteiligung: 100 %), die Innozent – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Eberswalde (97,69 %), die ESGH – Eberswalder Sozial- und Gesundheits-Holding GmbH (95 %), die BBG – Barnimer Budgetgesellschaft mbH (66 %), die WITO – Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH (51,87 %) und die GAB – Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim mbH (GAB) (51 %). An weiteren drei Gesellschaften ist der Landkreis mit Anteilen zwischen 1,96 und 13 Prozent beteiligt, darunter die seit 2004 in Liquidation befindliche Kurmärkische Kleinsiedlungs GmbH, deren Anteile der Barnim gemeinsam mit dem Landkreis Uckermark hält.

Das Ergebnis lag bei den meisten Gesellschaften nahe Null. Nennenswerte Überschüsse erwirtschafteten die ESGH (2002: 0,75 Mio Euro, 2003: 0,77 Mio Euro) und die Niederbarnimer Eisenbahn AG (NEB), an der der Landkreis mit 6,9 % beteiligt ist. Im Jahr 2003 schüttete die NEB sogar einen Teil des Gewinns an die Gesellschafter aus. Der Landkreis Barnim erhielt 48.300 Euro.

Die RLB und die BBG hingegen verbuchten 6- bzw. 7-stellige Fehlbeträge. Bei der erst 2002 gegründeten RLB lagen diese im Jahr 2003 bei 171.300 Euro. In Folge des sogenannten »Rettungsdienstskandals« verlor Landrat Ihrke seinen Stellvertreter und beinahe den eigenen Stuhl (BBP 5/2002). Die BBG wies 2003 sogar ein Defizit von mehr als 2 Millionen Euro auf, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß sich die geplanten Gesellschafterzuschüsse gegenüber dem Vorjahr, in dem das Defizit bei 0,4 Millionen Euro lag, um 2,6 Millionen Euro reduzierten. Statt dieser ertragswirksamen Zuschüsse zahlten die beiden Gesellschafter zur Defizitdeckung 2,5 Millionen Euro in die Kapitalrücklage ein.

WHG und Fernwärme

Bei den Transparenzanträgen geht es u.a. um die Forderung, daß kommunale Unternehmen zum »Wohle der Bürger« tätig werden sollen. Das hieße im Falle der Fernwärmekosten, daß die kommunale WHG nicht einfach nur die Kosten durchreicht, die die Stadtwerke berechnen. Jeder hat sicher in den Medien verfolgt, daß sich die Energielieferanten auf Kosten der Kunden ungerechtfertigt bereichern. Der Mieter kann sich nicht dagegen wehren, weil er nicht direkter Kunde der Stadtwerke ist.

Deshalb frage ich die Stadtverordneten im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der WHG: Was haben Sie unternommen, um die WHG dazu zu veranlassen, daß sie sich nicht nur um ihr Betriebsergebnis, sondern auch um die Minimierung der Betriebskosten, hier speziell Fernwärmekosten, kümmert?

Ich halte die Forderungen nach Transparenz der kommunalen Unternehmen für sehr berechtigt. Auch das »Wohl der Bürger«, wie eben am Beispiel gezeigt, muß Bestandteil der Gesellschaftsverträge kommunaler Unternehmen werden.

CHRISTEL PRITZSCHE (zur StVV am 22.9.)

Bedenken zur Telekomstraße weggewischt

Eberswalde (bbp). »Wir, die Unternehmer, aber auch der überwältigende Teil der Bevölkerung Eberswaldes und des gesamten Barnim erhoffen sich ein klares 'Ja' zum Ausbau der sogenannten Telekomstraße«, appellierte Helmuth Adams aus Finow im Juni an die Eberswalder Stadtverordneten. Diese »wichtige Verkehrsverbindung« werde wegen wegfallender Umwege »zum Vorteil der Umwelt dienen, die ökonomischen Möglichkeiten verbessern und den Kreis Barnim mehr zusammenwachsen lassen«. Trotz des Engagements »der Unternehmer« plädierten die Stadtverordneten mit 19 gegen 16 Stimmen zunächst dafür, die Telekomstraße aus dem zur Abstimmung stehenden Umstufungskonzept herauszunehmen. Sie folgten damit u.a. den Einwänden eines anderen Finower Bürgers. Oliver Zwenzner hatte insbesondere auf die ungeklärten Folgen der Übernahme der Ortsverbindung nach Biesenthal in städtische Straßenbaulast verwiesen. Neben der ungeklärten Beteiligung von Land und

Kreis durch eventuelle Fördermittel, machte Zwenzner besonders auf die fehlenden Angaben zu den Folgekosten aufmerksam.

Entsprechende Angaben fehlten auch am 22. September, als die Eberswalder Stadtverordneten erneut über die Übernahme der Telekomstraße in städtische Baulast entschieden. »Finanzielle Auswirkungen: Nein«, stand auf der Vorlage. Die Kosten des Ausbaus seien in der Vorlage im Juni dargestellt gewesen und somit als bekannt vorauszusetzen, meinte dazu Baudezernent Dr. Gunther Prüger. Beim derzeitigen Zustand brauchten nur neue Sperrschilde aufgestellt werden, was lediglich einige hundert Euro kostete.

Wolfgang Sachse verwies namens der PDS-Fraktion nochmal darauf, daß die Unterhaltung der Straße zwischen zwei Orten eine Kreisaufgabe sei, die aktuelle Haushaltssituation eine Übernahme durch die Stadt verbiete und er die Gefahr sehe, daß für den Straßenausbau auf die Erlöse aus dem Stadtwerkeverkauf zurückge-

griffen werde. Andreas Fennert von der Fraktion Grüne/BFB nannte die bei den bisherigen Kalkulationen unberücksichtigten Kosten für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Telekomstraße berühre Naturschutz- und FFH-Gebiete, wodurch entsprechend aufwendige Untersuchungen unumgänglich seien. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller verdeutlichte aus Finower Sicht das Interesse an der Wiederherstellung der Ortsverbindung nach Biesenthal. Eine Übernahme in städtische Trägerschaft lehnte er ab. Vielmehr sei das Land verantwortlich, die von ihm zurückgebaute Straße wiederherzurichten. Dafür solle sich die Stadtverwaltung einsetzen. Doch Birka Gaebel (SPD-Fraktion) wischte alle Argumente beiseite. »Für die Straße ist Bedarf da«, stellte sie fest. Eine Koalition aus SPD, CDU und FDP untersetzte diese Meinung schließlich mit 19köpfiger Stimmenmehrheit. Die 15 Stadtverordneten der anderen Fraktionen lehnten die Vorlage ab.

Untersuchungsausschuß

Auf Initiative des Stadtverordneten und Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses Markus Schaefer (Grüne/B90) hat die Freie Fraktion in Bernau die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Recycling-Firma GEAB beantragt. Der zeitweilige Ausschuß soll Verantwortlichkeiten und Gründe für eine unzureichende Gefahrenabwehr auffindig machen und das Genehmigungsverfahren bezüglich der GEAB-Anlage beleuchten.

Der Betrieb der genehmigungspflichtigen Gewerbemüllanlage am Schönfelder Weg in Bernau wurde trotz jahrelanger Bürgerbeschwerden, Geruchsbelästigung, Schädlingsbefall in den angrenzenden Wohnsiedlungen und der Feststellung einer nicht ordnungsgemäßen Nutzung des Geländes fortgesetzt. Bereits im Mai dieses Jahres hatte Markus Schaefer den Stadtentwicklungsausschuß von Bernau, den Umweltausschuß des Kreistages und die Verantwortlichen in Landesumweltamt und Kreisverwaltung auf die gefährliche Situation auf dem Gewerbegebiet aufmerksam gemacht. Die Geschäftsleitung der GEAB erteilte ihm daraufhin Hausverbot.

Der zweite Großbrand einer Abfallbehandlungsanlage in Bernau macht überdeutlich, daß der Dumping-Wettbewerb bei der Müllentsorgung ein Ende haben muß. Hier sind verstärkte öffentliche Kontrollen gefordert. Kompromisse bei den zu hinterlegenden Sicherheitsleistungen und der Einhaltung der Genehmigungsaufgaben darf es nicht geben. Die Duldung solcher Praktiken wie bei der GEAB geht zu Lasten der vorbildlich arbeitenden Unternehmen, der Steuerzahler und nicht zuletzt der Gesundheit der Anwohner.

THORSTEN KLEINTEICH,
Geschäftsführer Grüne/B90 Barnim

Kaum Überstunden nach Arbeitszeitverkürzung

Eberswalde (bbp). Seit Mitte 2004 gilt in der Eberswalder Stadtverwaltung wegen des permanenten Defizits in der Stadtkasse für die Angestellten und Arbeiter ein bis 2007 laufender Haustarifvertrag, der eine fünfprozentige Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Gehaltskürzung vorsieht. Einige Stadtverordnete hielten die erreichten Einsparungen angesichts des laufenden Millionenlochs im Haushalt für viel zu gering. Andere hingegen fürchteten um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung, wenn weniger Arbeitszeit zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung steht.

Nach einem Jahr kann eine erste Bilanz gezogen werden. Am Eberswalder Haushaltsproblem änderte sich nicht viel. Der vorübergehende Ausgleich gelang nur mittels Vermögensverzehr. Auch mit dem Verweis auf den Tarifvertrag, der bis 2007 keine weiteren Personaleinsparungen zuläßt, wurde inzwischen

der Verkauf der letzten Stadtwerkeanteile vollzogen, um so wenigstens die in den Vorjahren aufgelaufenen Haushaltsdefizite auszugleichen zu können. Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung konnten hingegen nach Auskunft des zuständigen Fachdienstleiters Robby Sägebarth weitgehend vermieden werden. An manchen Stellen wurden die Aufgaben gestrafft, andere werden nicht oder nicht mehr im bisherigen Maße bedient. Mehrarbeits- bzw. Überstunden kamen nur in Ausnahmefällen zustande. Zwischen 1.8.2004 und 31.7.2005 sind in der Stadtverwaltung insgesamt 1.040 Mehrarbeits- bzw. Überstunden angefallen, das sind durchschnittlich knapp als zweieinhalb Stunden für jeden Angestellten bzw. Arbeiter (für die Beamten gilt der Haustarifvertrag nicht). Für die 1.040 Überstunden bezahlte die Stadt 16.475 Euro, davon 7.365 Euro für Arbeiter und 9.110 Euro für Beamte.

11.300 »Bedarfsgemeinschaften«

Eberswalde (bbp). Statt der erwarteten 7.000 bis 8.000 gibt es im Landkreis Barnim tatsächlich 11.300 nach Hartz IV anspruchsberechtigte »Bedarfsgemeinschaften«. Der Landkreis muß u.a. für die Unterbringungskosten dieser »Bedarfsgemeinschaften« aufkommen. Statt der geplanten 22,1 Millionen Euro rechnet der Kreis bis Dezember 2005 mit Ausgaben für diese Position in Höhe von etwa 28,5 Millionen Euro. Durch die Preissteigerungen für Energie und andere Nebenkosten, sagte Landrat Bodo Ihrke vor dem Kreistag, steigen die spezifischen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft unentwegt. Zudem verlassen immer mehr junge Menschen die elterliche Wohnung und realisieren »über den Bezug von SGB

II-Leistungen sowohl Umzug als auch Erstaussstattung der Wohnung«.

Insgesamt beziehen mehr als 23.000 Menschen ganz oder teilweise Leistungen nach dem SGB II mit steigender Tendenz. 56 Prozent aller Empfänger von Leistungen leben in der Region Eberswalde und 44 Prozent in der Region Bernau. Eine Verbesserung des Arbeitsmarktes ist nach Einschätzung des Landrates nicht zu erkennen. Die Ein-Euro-Jobs seien »selbstverständlich für viele Betroffene ein gutes Angebot, welches auch stark nachgefragt wird«, es schaffe jedoch nur statistische Entlastung. »Viele Menschen«, so Ihrke, »werden auf lange Zeit von den Transferleistungen abhängig sein.«

Hartz IV und die »deutsche Einheit«

Heute jährt sich zum fünfzehntenmal der Tag, der als »Tag der deutschen Einheit« begangen wird. Von den beiden Wegen zur deutschen Einheit – nach Art. 23 (Anschluß) oder Art. 146 (neue Verfassung) – war der Weg des Anschlusses gewählt worden. Statt einer Wiedervereinigung, in die jede Seite etwas einbringt, wurde den Bürgern der »neuen Bundesländer« die alte Bundesrepublik übergestülpt.

Vereinigt wurden auf diese Weise die Staatsgebiete und ihre Grenzen mit dem Gewinn der Freizügigkeit über die deutschen Grenzen hinaus. Im Übrigen galt von da an bundesdeutsches Recht mit mehr oder weniger schlechten Übergangsregelungen. Aus dem gemeinsamen Besitz der ostdeutschen Bürger im volkseigenen Sektor bedienten sich vermittels der Treuhandanstalt die Vermögenden aus dem Westteil Deutschlands. Was nicht verkauft werden konnte, wurde dem Untergang und Verfall preisgegeben.

So wurde die »Wiedervereinigung« zu einer unvergleichlichen Enteignung der ostdeutschen Bürger. Die Struktur der ostdeutschen Wirtschaft wurde durch den Grundsatz, »privatisieren vor sanieren« fast vollständig zerstört. Die Hälfte der Arbeitsplätze ging unwiederbringlich verloren. Die Hoffnung, die »Marktkräfte« würden es heilen und bald »blühende Landschaften« entstehen lassen, stellte sich als Betrug oder unverzeihlicher Irrtum heraus. Die Konzepte für den »Aufbau Ost« haben am Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft nichts geändert, sondern eher noch dazu beigetragen, den Osten zur verlängerten Werkbank des Westens zu machen. So ist aus wirtschaftlicher Sicht in 15 Jahren deutscher

Einheit keine Annäherung des Ostens an den Westen erkennbar. Für Millionen Menschen in Ostdeutschland waren 15 Jahre deutsche Einheit Auslöschung ihrer Biografien und Abschied von Erwerbsarbeit mit entsprechender Zerstörung des Selbstwertgefühls. Die Erwerbstätigen sehen sich ständig vom Arbeitsplatzverlust bedroht. Die Existenzangst macht sie gefügig, unter diskriminierenden Bedingungen zu arbeiten, schlecht bezahlt und mit sinkendem Mut zur Gegenwehr.

Statt Einheit wächst die Entsolidarisierung. Der Osten Deutschlands erlebte und erlebt, wie zuvor schon der Westen, eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich. Während die untergegangene DDR auf relativ niedrigem Niveau einen verhältnismäßig gleichen Lebensstandard ermöglichte, sehen sich nach 15 Jahren Einheit immer mehr Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Freizügigkeit wird für die zum Hohn, die sich oft nicht einmal den öffentlichen Personennahverkehr leisten können. Mit Hartz IV werden immer mehr Bürger zu Menschen dritter Klasse gemacht.

Wenn Willi Brandt sagte: »jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört«, so hatte er recht, denn der Reichtum ist den Reichen zugewachsen und die Armut ist zu denen gekommen, die vorher schon nicht viel hatten. Zum heutigen Tag der Einheit hat Bundespräsident Köhler »vor zu großen Hoffnungen gewarnt«. Er meint es gut mit uns, er warnt uns. Wir könnten doch tatsächlich glauben, daß die Einheit Deutschland zur Verbesserung der Lebenslage führen könnte.

ALBRECHT TRILLER, am 3. Oktober

Modellregion Barnim

Eberswalde (bbp). »Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren« heißt ein Ideenwettbewerb des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) des Landes Brandenburg für die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburg. Das MASGF verfolgt damit eine dreifache Zielstellung: Förderung der Regionalentwicklung unter Einbeziehung von Langzeitarbeitslosen, die Verbesserung der Vermittlungschancen sowie die Verbesserung der sozialen Teilhabe der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer. Der neue regionalisierte Förderansatz soll den Landkreisen und kreisfreien Städten künftig erlauben, mit eigener Finanzverantwortung und nach selber definierten Zielen und Strategien Arbeitsfördermittel einzusetzen. Der Landkreis Barnim beteiligte sich an dem Ideenwettbewerb unter dem Leitmotiv der Ausbildung der Gesundheitsregion Barnim und wurde neben den Kreisen Prignitz und Spree-Neiße sowie der Stadt Potsdam als Modellregion ausgewählt. Diesen wird jeweils ein Regionalbudget in Höhe von 3 Mill. Euro für

die nächsten zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

Im Oktober soll mit der Umsetzung begonnen werden. Durch die Ausrichtung der Regionalentwicklung auf das Thema Gesundheit und die Verzahnung der diesbezüglichen Infrastruktur und Angebote mit der möglichen Arbeitsmarktförderung soll im Landkreis Barnim eine dienstleistungsorientierte Angebotspalette mit entsprechendem Personalbedarf geschaffen werden. Die »Gesundheitsregion« wird dabei durch die Vernetzung der vorhandenen Potentiale als ein Alleinstellungsmerkmal entwickelt. Im Rahmen des Regionalbudgets soll dazu ein Beitrag durch die Umsetzung von zusätzlichen und daraufhin ausgerichteten Arbeitsfördermaßnahmen geleistet werden, die zum einen die dafür erforderliche Infrastruktur für aktive Freizeitgestaltung weiter ausbauen und zum anderen dazu entsprechende gesundheitsorientierte Angebote entwickeln. Landrat Bodo Ihrke hofft, »mit diesen Maßnahmen dem inhaltlichen Anliegen des SGB II - Schaffung von zusätzlicher Arbeit - einen neuen Impuls verleihen« zu können.

Demo-Berichte:

56. Montagsdemo am 12.9.

»Was erwarten wir von der Bundestagswahl?« fragten etwa 55 Montagsdemonstranten eine knappe Woche vor dem Wahltermin. Keine Wahlkampfveranstaltung sollte es sein, nur der Versuch einer Einschätzung, was sich für die von der Agenda 2010 betroffenen durch die Wahl ändert. »Was würde ich sofort ändern, wenn ich Bundeskanzler wäre«, diese Frage sollen die Demonstranten beantworten, um deutlich zu machen, an welcher Stelle der Schuh am meisten drückt. In dem von Hartwin Schulz moderierten Gespräch äußerten die Demonstranten Wahlprognosen, Hoffnungen und Wünsche für bestimmte Wahlergebnisse. Aber im Haupttrend standen Befürchtungen, die Lage der Betroffenen würde sich durch die Bundestagswahl eher verschlechtern als verbessern.



Als logische Folge wurde in einem zweiten Teil über die Fortsetzung der Montagsdemo diskutiert. Ein Umfrage unter den Demonstranten, ob die Montagsdemos im Winterhalbjahr eine Stunde früher stattfinden sollten, ergab, daß daraus keine negativen Auswirkungen auf die Teilnahme erwartet werden.

Ute Frey sprach über die Ergebnisse des vierten Regionaltreffens der Organisatoren der Brandenburger Montagsdemo in Angermünde. Am 3.10. soll es eine brandenburgweite Demo geben.

Zur Straße hin präsentierten sich Schröder, Merkel, Westerwelle, Fischer, Hartz und Schönbohm als mannshohe Pappkameraden mit T-Shirts »Die Überflüssigen« und erfreuten damit die Passanten.

57. Montagsdemo am 19.9.

Am Tag nach der Bundestagswahl trafen sich wiederum gut 60 Demonstranten auf dem Eberswalder Marktplatz. Bereits vor Beginn der Demo bildeten sich kleine Gruppen, die über die Ergebnisse der Bundestagswahl diskutierten. Geplant war ein Marsch zum »Sieger« der Bundestagswahl, um diesem erneut die Forderungen von Eberswalder Montagsdemo zu überbringen und eine andere Politik einzufordern. Dazu waren alternative Marschstrecken zu den Büros von CDU und SPD angemeldet worden. Doch weder CDU noch SPD brachten es zum Wahlsieger und

auch Aussagen zu Koalitionen sind noch nicht möglich. Daher wurde auf den Marsch verzichtet.

Viele Demonstranten hatten anlässlich der Wahl ein paar Kleinigkeiten mitgebracht. Sie legten ihre Mitbringsel auf einen Tisch und erläuterten dazu ihre Motivation – Anspielungen auf zu erwartende weitere Verschlechterungen der Lage der Betroffenen, Schadenfreude über den Mißerfolg von Schwarz/Gelb und Rot/Grün, zu knackende harte Nüsse wegen der schwierigen Kräftekonstellation, saure Gurken wegen des »Wahl«katers usw. Die Stimmung der Betroffenen drückte eher Zufriedenheit mit dem Wahlausgang aus, obwohl sie sich auch so keine Besserungen versprechen.

Im Anschluß übergab die Moderatorin Ute Frey das Wort an Albrecht Triller, der das Wahlergebnis aus Sicht der vom Sozialabbau Betroffenen interpretierte. Die »große Koalition des Sozialkahlchlags« aus SPD/Grüne und CDU/CSU/FDP habe ihre Wahlziele nicht erreicht. Jede der jetzt rechnerisch möglichen Koalitionen werde den Sozialabbau fortsetzen. Mit der Linkspartei.PDS wolle ja niemand koalieren. »Deshalb ist es nicht die Frage, ob«, rief Albrecht Triller den Demonstranten zu, »sondern nur wie der Widerstand gegen die Politik des Sozialabbaus fortgeführt wird«.

Im angeregten Gespräch machten die Demonstranten schließlich von der selbst gedeckten Tafel lebhaft Gebrauch. Bekanntgegeben wurde, daß die nächsten Montagsdemonstrationen jeweils schon um 16.30 Uhr beginnen werden. Das verbessert die Möglichkeiten für Aktionen und trägt dem früheren Dämmerungseinbruch Rechnung.

58. Montagsdemo am 26.9.

Die Montagsdemo begann an diesem Tage eine Stunde früher. Der frühere Beginn ist wohl noch gewöhnungsbedürftig. Zu Beginn standen etwa 35 Demonstranten auf dem Marktplatz. Aber im Laufe der Veranstaltung kamen immer noch Leute, die offenkundig die geänderte Anfangszeit nicht mitbekommen hatten, so daß insgesamt etwa 50 Teilnehmer zur Demo kamen. Trotz ausdrücklicher Bitte an die Presse, gerade für diesen Tag unseren Aufruf zu veröffentlichen, wurde dies weder vom Blitz, dem Märkischen Sonntag noch von der MOZ erfüllt.

Eberswalder Montagsdemo hatte sich in der Vorbereitungsphase mit den Wahlergebnissen der Bundestagswahl in Eberswalde und Umgebung beschäftigt. Besonders schockierten die Stimmen für die NPD. Deshalb stand die Demo am 26.9. unter dem Motto »Eberswalder Montagsdemo gegen Rechts«. Auf einer großen Tafel waren die Orte im Wahlbezirk aufgelistet, in denen die NPD besonders hohe Wahlergebnisse erreichte. In kleinen Diskussionsgruppen erör-

Bundestagswahl – Ergebnis

Wir sprachen am letzten Montag darüber, was uns die Bundestagswahl bringt. Wir waren uns darin einig, daß kein Politikwechsel zu erwarten ist, der die Lage der Betroffenen von Hartz IV und Agenda 2010 verbessert. Und leider werden wir darin recht behalten.

Wer hat denn nun die Wahl gewonnen? Nach Aussagen der jeweiligen größeren und kleineren Elefanten in der mitternächtlichen Runde nach der Wahl gab's nur Gewinner:

- die SPD gewann, weil sie nicht so viel verlor, wie sie befürchtet hatte
- die CDU/CSU gewann, weil sie vielleicht drei Sitze mehr hat als die SPD
- die Grünen gewannen, weil sie fast keine Stimmen verloren haben
- die FDP gewann, weil sie ihr bisher bestes Wahlergebnis hatte und
- die PDS hat gewonnen, weil sie wieder und sogar gestärkt im Bundestag sitzt.

Wir haben gleich zwei Gewinner, die Anspruch auf die Regierungsbildung erheben.

Unsere Interpretation des Wahlergebnisses kann nur so aussehen: Die »große Koalition des Sozialkahlchlags« aus SPD und CDU, aus Grünen und FDP wurden von den Wählern zur Verantwortung gezogen. Die SPD und die Grünen haben keinen Auftrag zur Fortsetzung ihrer Politik erhalten. Die Wähler haben sich aber auch sehr wohl daran erinnert, daß bis vor sieben Jahren CDU/CSU und FDP 16 Jahre lang Sozialabbau betrieben haben. Die 8,7 Prozent Wählerstimmen für die Linkspartei.PDS sind

die Quittung für die »Große Koalition des Sozialkahlchlags« von SPD, CDU, FDP und Grünen. Mit der Linkspartei wächst im Bundestag eine starke Stimme der Opposition.

Der von der CDU erhoffte »Wechsel« ist ausgeblieben. Es wäre auch nur ein Wechsel der Figuren, nicht ein Wechsel der Politik gewesen. Es ist bei allen jetzt möglichen Varianten der Regierungsbildung das gleiche. Ein Politikwechsel ist nicht in Sicht, zumal die Variante mit einem sozialen Akzent, nämlich unter Mitwirkung der Linkspartei, alle anderen Parteien weit von sich weisen. Mögliche Varianten: Ampelkoalition scheitert an FDP, Rot-Rot-Grün lehnt die SPD ab, für »Jamaika« ist die FDP nicht zu haben, und die große Koalition gefällt weder SPD noch CDU. Da aber Neuwahlen auch ausscheiden, darf man gespannt sein, welche Koalition es geben wird.

Zuvor werden die vom Wähler Abgestraften erst noch eine Weile darüber nachdenken müssen, wofür sie Dresche bezogen haben. Obwohl Hartz IV und Agenda 2010 als Ursachen ins Auge springen, ist diesbezüglich noch kein Erkenntnisprozeß in Gang gekommen (Pisa läßt grüßen). Wir haben also weiterhin die Aufgabe, den Parteien auf die Sprünge zu helfen.

Agenda 2010 und Hartz IV müssen weg!

Das ist die Hauptaussage des Wahlergebnisses und weiterhin unsere Forderung. Die Frage ist nicht, ob, sondern wie wir unseren Widerstand gegen den Sozialabbau fortsetzen.

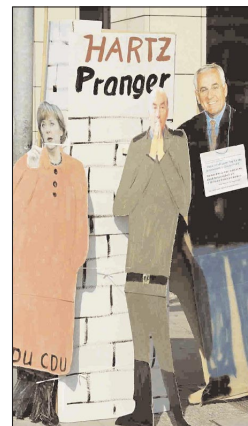
ALBRECHT TRILLER am 19. September

»Begrüßung« für Wahlkämpfer Schönbohm

So ganz nach Wunsch lief Herrn Schönbohms Wahlkampfauftritt in Eberswalde wohl nicht. Erwartet hatte er sicher, daß der CDU umfragegemäß das Volk zuströmen würde. Die Märkische Oderzeitung zählte (wohlwollend) knapp 120 Menschen, die sich auf dem Marktplatz versammelten. Neben der parteieigenen Klientel hielt sich der Zustrom weiterer Interessierter sehr in Grenzen.

Dafür konnte man zwei Dutzend Gesichter sehen, die von der Teilnahme an den Montagsdemos her bekannt waren. Sie kamen nicht ganz so spontan, was wohl auch die Sicherheitskräfte bemerkten, die den Marktplatz weiträumig absicherten. Von ihrem Treffpunkt gingen die Montagsdemonstranten mehr oder weniger gemeinsam zum Kundgebungsplatz kam. Auf den mitgebrachten Plakaten konnte Herr Schönbohm dann auch lesen: »Schönbohm – go home«, »Sozialabbau, wie immer, macht CDU noch schlimmer« oder auf Papp-Eiern geschrieben: »weich oder hartgekocht?«. Zwei Teilnehmer warteten auf ihren Schildern: »Achtung – verwahrlost und gewaltbereit«.

Schönbohm versuchte sofort in die Offensive zu gehen, indem er auf die Inhalte der Plakate einging. Aber Antworten, die die Demon-



stranten befriedigen konnten, hatte er nicht. Die wandten ihm dann sehr bald den Rücken zu und ließen ihn mit seinem Häuflein allein.

Ein parallel zur Kundgebung bei der Polizei angemeldeter »Infostand mit drei Personen« der Eberswalder Montagsdemo befand sich in Sichtweite vor dem Eingang der Rathauspassage. Hier standen Schröder, Merkel, Westerwelle, Fischer, aber auch Schönbohm als Pappkameraden am Hartz IV-Pranger der Eberswalder Montagsdemo. Entsprechende Kommentare wurden als Handzettel an Passanten verteilt. Damit von hier keine Gefahren für Schönbohms Kundgebung ausgehen, waren drei Polizeibeamte mit Videokamera ausgerüstet zur Überwachung abgestellt worden. Wenn Schönbohm so viel Angst hat, soll er doch zu Hause bleiben.

Eberswalder Montagsdemo

Die soziale Seite der FDP

Zum »Urteilsspruch« des Tribunals der Eberswalder Montagsdemo in der BBP 9/2005

Die FDP zu den hier genannten Beschuldigten zu zählen ist falsch. Die Bundestagsfraktion der FDP hat den Hartz IV-Gesetzen und dem amerikanischen Militärschlag gegen den Irak niemals zugestimmt.

Die in dieser Zeitung genannten 12 Anklagepunkte sehe ich aus dem Blickpunkt der von mir vertretenen liberalen Politikeinstellung genauso. Sie beruht auf den Postulaten zur Ethik, Achtung und Freiheit des Menschen u.a. nach den Philosophen Descartes und Immanuel Kant (Kategorischer Imperativ). Das Aktionsprogramm der FDP bezieht sich nicht auf eine besondere Gruppe unserer Bevölkerung, sondern auf alle Menschen. Die Aufgaben ergeben sich aus dem unmittelbaren Interesse der Mehrheit aller Menschen in Bezug auf die sozialen Bedingungen: Gesundheitsfürsorge, Lebenshaltungskosten im weitesten Sinne, Lebenssicherheit im Alter (Rente), Hilfe in Lebensnotlagen, allgemeine Sicherheit auch für die persönliche Integrität jedes Menschen.

Da wir in unserem Lande keine Goldbergwerke haben, ist zwangsläufig der soziale Bereich nur über die Produktivität der Wirtschaft erreichbar. Deshalb sieht die FDP in der Arbeitsplatzbeschaffung und den Methoden zur Realisierung eine vordergründige Aufgabe. Im Parteiprogramm sind alle wesentlichen Sozialbereiche in realistischer Weise genannt.

Z.B. die Forderung, im Gesundheitswesen zur Versicherungspflicht für jeden Menschen in unserem Lande – sie hat es bisher nicht gegeben! Zur Zeit gibt es Pflichtversicherte, Privatversicherte und Nichtversicherte! Dazu müssen die Leistungen des Gesundheitswesens nach ethischen Gesichtspunkten auf eine andere

re Basis gestellt werden. Leben und Gesundheit der Menschen darf nicht weiter nach wirtschaftlichen Kalkülen berechnet werden!

Die Steuern sollen in drei Stufen erfolgen: Einkommen 7.701 bis 15.000 Euro – 15 Prozent; 15.001 bis 40.000 Euro – 25 Prozent; über 40.000 Euro – 35 Prozent. Dabei stehen jedem Steuerbürger, seinem Ehegatten und seinen Kindern je 7.700 Euro steuerfreier Grundfreibetrag zu. Einer vierköpfigen Familie ständen somit je Monat 2.566 Euro voll zur Verfügung; nur der Verdienst über diese Summe hinaus müßte versteuert werden.

Seit vielen Jahren fordert die FDP die Einführung des liberalen Bürgergeldes. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einzigen Leistung zusammengefaßt. Der gut Verdienende zahlt Steuern an das Finanzamt, der wenig Verdienende erhält vom Finanzamt die Differenz zur Summe des Bürgergeldes ausgezahlt.

Die Forderung des bekannten Lausitzer Philosophen vom Anfang des 19. Jahrhunderts, Johann Gottlieb Fichte, könnte als realisiert angesehen werden: *»Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verzieret; es sollen erst alle warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleidet. Es ist ein großes Unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen kann, indessen seine Mitbürger das Notwendige nicht haben.«*

Die mitunter geführte Rede von der »sozialen Kälte« der FDP kann also nicht zutreffen – das Gegenteil steht im Programm der FDP. Die Realisierbarkeit ist abhängig vom prozentualen Anteil im Bundestag!

Dr. SIEGFRIED ADLER

4. Regionaltreffen der Brandenburger Montagsdemos:

Summe des gemeinsamen Tuns

Angermünde (em). Am 10. September trafen sich zum viertenmal die Organisatoren von Monatsdemos in Brandenburg. Anwesend waren 27 Vertreter aus 11 der 20 brandenburgischen Städte, in denen Montagsdemos stattfinden. Darunter: Angermünde, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Elsterwerda, Finsterwalde, Senftenberg, Kyritz, Neuruppin, Perleberg sowie ein Gast aus Berlin. Die Teilnehmer suchten nach Möglichkeiten der stärkeren Zusammenarbeit. Intensiv diskutierten sie, ob basisdemokratisch und auf Konsens orientiert gearbeitet werden soll oder ob hierarchische Strukturen, in denen das Mehrheitsprinzip gilt, zu bevorzugen sind. Am Ende einigte man sich auf eine »Koordinierungsgruppe«, die zwischen den Regionaltreffen erforderliche Aktivitäten übernimmt. Auf Vorschlag der Eberswalder einigten sich die Teilnehmer auf folgende Grundsätze:

1. Den Sozialabbau durch Hartz IV und Agenda 2010 stoppen.
2. Jeder, der mit uns zusammenarbeiten will (ausgenommen Leute, die sich als rechtsextrem zeigen) ist willkommen
3. Unser Prinzip ist Parteiunabhängigkeit, jedoch parteiliches Handeln.
4. Was wir tun, sollte die Summe unseres gemeinsamen Tuns sein.

Wegen der ausgiebigen Debatte über die Organisation der Zusammenarbeit kamen die Inhalte der Arbeit zu kurz. Es wurde angeregt, in Brandenburg ein strategisches Treffen vorzubereiten. Einstimmig angenommen wurde der Vorschlag, auf den Montagsdemos am 3.10. die Frage aufzuwerfen *»Was würde ich sofort ändern, wenn ich Bundeskanzler wäre?«*

Die Vorschläge, Meinungen, Ängste und Fragen sollten gesammelt und an die Regierungen weitergegeben werden.



terten die Montagsdemonstranten das Problem der Rechtswähler.

Im Ergebnis wurde der Vorschlag unterbreitet und angenommen, an die Verantwortungsträger dieser Kommunen und des Landkreises Briefe zu schreiben mit der Aufforderung, besondere Schritte gegen die Gefahren von Rechts zu unternehmen.

59. Montagsdemo am 3.10.

Auch am »Tag der Einheit« war die Eberswalder Montagsdemo auf dem Marktplatz präsent. Wegen des Feiertages nur als Mahnwache angemeldet. Daß dennoch 35 Leute kamen, übertraf die Erwartungen der Organisatoren. Mit einer auf Halbmast gesetzten Fahne dokumentierten die Demonstranten, daß ihnen nicht unbedingt zum Feiern zumute war. In einer kurzen Rede machte Albrecht Triller klar, daß die Betroffenen von Hartz IV und Agenda 2010 nicht zu den Gewinnern der Einheit gehören. Die gewonnene Freizügigkeit werde für die zum Hohn, *»die sich oft nicht einmal den öffentlichen Personennahverkehr leisten können.«* Auf den Transparenten war denn auch zu lesen: *»Armes Deutschland«, »Eberswalde, Stadt der Arbeitslosen«, »Streichen bei den Reichen, statt Sparen bei den Armen.«* Ein Mahnfeuer drückte die Bedrohlichkeit der Situation und der Charakter der Mahnwache aus. Die Anwesenden diskutierten in kleinen Gruppen miteinander, ehe sie sich nach ca. einer Stunde bis nächsten Montagsdemo voneinander verabschiedeten.



Ich-AGs nur Schminke

»Von einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu sprechen, nur weil die bundesweite Arbeitslosenzahl im September um 79.000 gesunken ist, klingt angesichts der wahren Hintergründe absurd.« Wolf Burkhard Wenkel, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg, warnt davor, »gar einen Durchbruch an den Horizont zu zeichnen«.

Im September waren 4,65 Millionen Menschen ohne Job. Damit habe sich der deutsche Arbeitsmarkt im September »weiter erholt«, meint die Agentur für Arbeit in Nürnberg. Gestiegen sei im langfristigen Vergleich scheinbar die Zahl der Erwerbstätigen, teilte die Financial Times Deutschland Ende vergangenen Monats unter Berufung auf die Nachrichtagentur Reuters mit. Dies, so der Hauptgeschäftsführer des größten Bauarbeitgeberverbandes in der Region Berlin-Brandenburg, »wird aber ganz erheblich dadurch erreicht, daß die Ich-AGs – obwohl staatlich potent subventioniert – in die Zahl der Erwerbstätigen mit eingerechnet werden«. Die sozialversicherungspflichtigen Jobs seien zwischen 1998 und Mitte 2005 tatsächlich um 664.000 gesunken. »Dies ist die eigentlich wichtige Zahl«, so Wenkel. »An dieser Statistik wird einmal mehr deutlich, wie verlogen die Nürnberger Zahlen eigentlich sind«, klagt der Bauverbands-Chef. Die Ich-AGs seien offenbar nur dafür konzipiert worden, die Arbeitsmarkt-Statistiken zu bereinigen – freilich durch erhebliche Steuer-gelder subventioniert. »Gerade auf dem Bau wurden und werden durch diese Ich-AGs sozialversicherungspflichtige Jobs in Massen abgebaut, weil seriös kalkulierende Baubetriebe dieser Form der Arbeitsmarktbereinigung nichts entgegenzusetzen haben«, so Wenkel. Er rief die sich derzeit konstituierende Bundesregierung auf, hier endlich Ehrlichkeit walten zu lassen und die Ich-AGs ersatzlos abzuschaffen.

HEIKO WIEGAND, Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.

Die Eberswalder Montagsdemos



Ein Jahr Widerstand gegen die »soziale Rutschpartie« von Hartz IV und Agenda 2010
dokumentiert in der Barnimer Bürgerpost von August 2004 bis August 2005
und
Motive

Teilnehmer erzählen, warum sie seit einem Jahr an jedem Montag auf die Straße gehen

EINE SONDERAUSGABE DER BARNIMER BÜRGERPOST

Langfassung, A4, 60 Seiten = 4,00 Euro
Kurzfassung, A4, 8 Seiten = 0,40 Euro
erhältlich bei der »Eberswalder Montagsdemo«
und bei der »Barnimer Bürgerpost«

(Kontakt: Lehnitzsestr. 3, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/356542, Fax: 01805/751112596, eMail: bbp@telta.de)

Mut gegen die Gefahr von Rechts

Mit folgendem Brief wandten sich die Organisatoren der Eberswalder Montagsdemo an die Direktoren der Ämter Biesenthal, Joachimsthal und Oderberg, die Bürgermeister der Gemeinden Althüttendorf, Breydin, Ziethen, Liepe, Lunow, Parstein, Sydower Fließ, die Direktoren der Grundschulen Eberswalde-Mitte und Grüntal, der Oberschulen in Biesenthal, Joachimsthal, Oderberg und der Einstein- und Goethe-Oberschule in Eberswalde, des Humboldt-Gymnasiums in Eberswalde und der Oberstufenzentren in Eberswalde und Bernau, an die Stadtverordnetenversammlung und den Bürgermeister von Eberswalde sowie an den Kreistag und den Landrat des Kreises Barnim:</

AfA Barnim will in der SPD die sozialdemokratische Grundwerte bewahren (Teil 2):

Verlorenes Vertrauen zurückerlangen

von Andreas Steiner



In der Geschichte hatte das Wort »Reform« stets eine positive Bedeutung. Es bedeutete zukunftsweisende Entscheidungen, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bevölkerungsmehrheit führten. Was sind das aber für Reformen, die statt zu Verbesserungen, auch langfristig zu Verschlechterungen führen?

Eine neoliberale Politik, bei der sich der Staat aus wesentlichen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft zurückzieht, hat gravierende Auswirkungen. Gewarnt werden muß insbesondere vor dem Verkauf von Teilen der Schlüsselindustrie (z.B. Versorgungsunternehmen) an die private Wirtschaft. Derzeit begehen sich die Kommunen in ihrer Finanznot immer mehr in die sträfliche Abhängigkeit der Großfinanz.

Ich möchte auf die Gefahr einer wirtschaftsliberal ausgerichteten Politik am Beispiel der USA hinweisen. Das Gesellschaftssystem der USA, und teilweise auch bereits das Großbritannien, ist gekennzeichnet durch:

- Wachsende Ungleichheit und private sowie öffentliche Verschuldung
- Ansteigende Leistungsbilanzdefizite
- Krise der Sozialsysteme (Kranken- und Rentenversicherung)
- Entindustrialisierung, Anstieg minderwertiger Bereiche des Dienstleistungsgewerbes und Arbeitszeitausbeutung

- Schlechte öffentliche Infrastruktur
- Anstieg der Kriminalität durch soziale Diskrepanz

Was können wir als AfA tun?

Das Leitmotiv unserer politischen Arbeit ist zugleich einfach, knapp und klar: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! Vor 30 Jahren bezeichnete Herbert Wehner die AfA als lebenswichtiges Organ der SPD. Nach dem von mir hoch geschätzten Ottmar Schreiner wären Arbeitnehmerrechte wie die Sicherung des Kündigungsschutzes, die Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung, das Schlechtwettergeld am Bau und die Lohnfortzahlung bei Krankheit ohne die Mitwirkung der AfA nicht möglich gewesen.

Die AfA in der SPD war immer wegweisend. Politische Grundsätze, die in dieser Arbeitsgemeinschaft erarbeitet wurden, sind zeitverzögert zur gängigen Politik der SPD gemacht worden.

- Im Einzelnen setzt sich die AfA ein für:
- mehr Mitbestimmung; dies unter dem Leitsatz: »Arbeitnehmer- und Arbeitgeber auf gleicher Augenhöhe«
 - Beibehaltung des Kündigungsschutzes
 - solidarisch finanzierte Sozialsysteme
 - Sicherung der beruflichen Erstausbildung
 - Sicherung der Tarifautonomie
 - Verhinderung von Lohndumping
 - Einführung von Mindestlöhnen
 - Stop der illegalen Beschäftigung
 - zügige Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West und damit schließlich
 - für einen Kurswechsel in der derzeitigen Bundes- und Europapolitik!

Ziele und Vorgehensweisen

Die AfA soll ein Scharnier zwischen unserer Partei und den Gewerkschaften bilden. Die regionale AfA soll ein zuverlässiger Ansprechpartner für die erwerbstätige Bevölkerung vor Ort sein. Hier müssen wir uns einmischen, wenn in Betrieben Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten werden. Auch geht es um den Erhalt und die Schaffung von

Dieses Land braucht eine Revolution

von Andy Losch

Zur Zeit redet scheinbar alle Welt über die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Wirtschaft, die politischen Parteien, der Staat und die Wissenschaft sollen sie schaffen. Nötig sind, das ist schon Allgemeinwissen, Reformen. Aber Deutschland kann nicht durch einfache Reformen gesunden. Reformen, egal ob Steuerreform, Arbeitsmarktreform, Reform der Sozialversicherungssysteme oder Förderalismusreform, werden nicht die erhofften Wirkungen haben. Einzeln und im Verbund einer Staatsreform ausgeführt scheitern sie an der Bürokratie und dem Lobbyismus, aber auch an ihrer Unvollkommenheit. Reformen die ihren Namen verdienen, wie Kirchhoffs Steuerreform, werden systematisch diskreditiert und so für Jahre aus der politischen Diskussion verbannt. Andere Reformen, die viel mehr revolutionären Charakter haben, werden allerdings diskret verschwiegen.

Eine dieser »revolutionären Reformen« ist die Finanz- und Geldreform. Für Deutschland besteht die einzige Möglichkeit, der katastrophalen finanziellen Lage Herr zu werden, darin, ein zinsloses, umlaufgesichertes Geld, welches in ausreichender Menge in Umlauf gebracht werden muß und dessen Menge sich nur an den zur Verfügung stehenden Warenwerten orientieren darf, einzuführen. Die Schatzbildung mit einem Tauschmittel (Geld) und jede Form der Spekulation muß verhindert werden. Privatisierte Notenbanken müssen wieder verstaatlicht werden und es muß ein freier Wechselkurs für den Außenhandel sichergestellt werden. (Weltweite) Banken, welche staatlich sein werden, haben nur noch die Aufgabe, daß ihnen anvertraute Geld zinslos weiterzuverleihen und damit dafür zu sorgen das das Geld im Umlauf bleibt. Die Steuereinnahmen werden durch eine Einkommenssteuer und durch Umlaufsicherungsgebühren für das Geld gedeckt, welche direkt an den Staat abgeführt werden. Diesen Gebühren kann man dadurch entgehen, indem man das Geld ausgibt oder zur Bank bringt, welche wiederum bestrebt ist, das Geld möglichst schnell wieder zu verleihen. Das wiederum ermöglicht es dem Staat sich zinslos Geld zu leihen und so seinen Aufgaben nachzukommen, wozu auch die Grundsicherung für alle Bürger jeden Alters gehört, ganz im Sinne eines Bürgergeldes.

Dieses System verhindert keineswegs das Sparen, bis auf das Zinssparen, es sorgt nur dafür, daß das Geld immer zirkuliert. Von einer hohen Mehrwertsteuer, wie sie Götz Werner (BBP 8/2005) vorschlägt, ist wegen der zirkulationsdämpfenden Wirkung Abstand zu nehmen, außerdem erfüllen eine universelle Einkommenssteuer sowie Umlaufsicherungsgebühren den gleichen Zweck.

Ein Beispiel: Neben der Grundsicherung von sagen wir 800 Geldeinheiten (G) bekommt ein Arbeiter 600 G Lohn für 100 Stunden Arbeit im Monat. Nur auf die 600 G muß er Einkommenssteuern in Höhe von 25 % zahlen, es bleiben ihm also 1250 G zur freien Verfügung.

Ein Unternehmen zahlt auf den Gewinn den es erwirtschaftet ebenfalls 25 % Einkommenssteuer. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob man den Unternehmen nicht auch eine Grundsicherung zugestehen müßte (z. B.: nur 20% Einkommenssteuer oder einen bestimmten Freibetrag pro Angestellten). Möglichkeiten, dieser Steuer zu entgehen, darf

es natürlich keine geben, auch nicht durch die Verrechnung früherer Verluste und Ausgaben. Auch »jede« Form von Subvention verbietet sich von selbst, wenn man von der Grundsicherung und von Strafzöllen absieht, welche die Aufgabe haben die Binnenwirtschaft zu schützen. Geld welches nicht für den täglichen Konsum verbraucht wird, bringt man zur Bank, da das Geld in regelmäßigen Abständen einen Teil seines Werts verliert und man diese Negativverzinsung so vermeiden kann. Bei einer Steigerung der verfügbaren Warenwerte

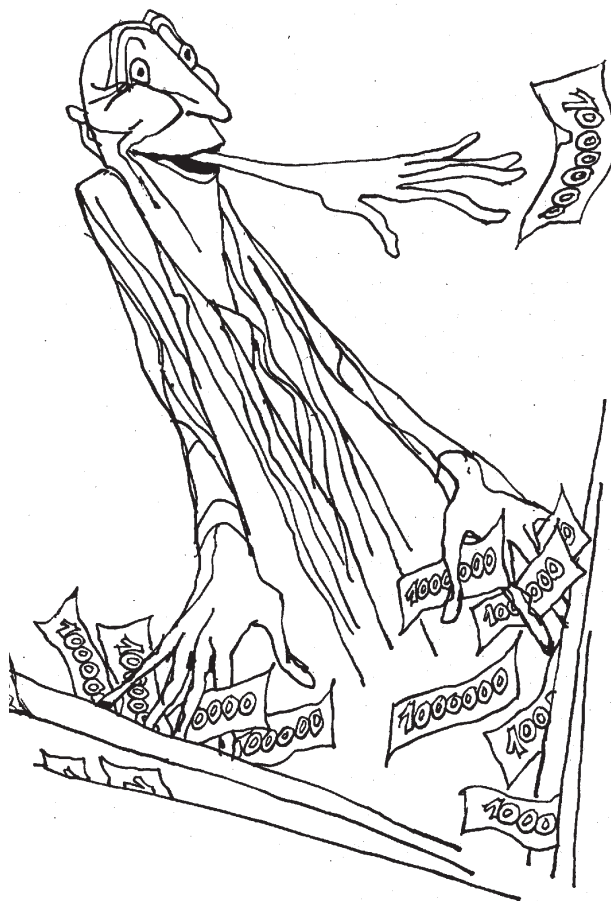
Menschen ihre Handlungsweisen unter rationalen Gesichtspunkten betrachtet und rein instinktiv verbessert, daß sparte Zeit und schuf neue Bedürfnisse. Und heute will man uns allen Ernstes weismachen, daß Fortschritt heißt: mehr Arbeit, weniger freie Zeit und die Bedürfnisse verringern. Natürlich sind die Bedürfnisse des Proletariats und nicht die der Bourgeoisie gemeint.

Wirtschaft und Wissenschaft haben die Aufgabe, neue Bedürfnisse zu wecken und die zu ihrer Deckung notwendige Arbeit zu reduzieren. Dennoch ist es in einer Gesellschaft wie der unseren wichtig, genügend sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen zu schaffen, damit nicht ein großer Teil der Bevölkerung nur von der Grundsicherung leben muß. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daß Recht auf sinnvolle Beschäftigung zu garantieren und die Menschen sowohl vor Überarbeitung als auch vor aufgezwungenem Müßiggang zu bewahren.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß es in unserem Land mehr als genug Arbeit gibt. Und wenn die erst einmal erledigt ist, wird jeder das Verlangen haben, sein volles Potential auszuschöpfen. Sollte uns dies tatsächlich gelingen, gibt es aber noch viele Länder um uns herum, denen das vielleicht nicht gelingt.

Warum aber freie Wechselkurse? Weil Wechselkurse die Aufgabe haben, den Produktivitätsunterschieden von verschiedenen Volkswirtschaften beim Außenhandel einen finanziellen Ausdruck zu geben.

Was eine Wechselkursbindung anrichten kann, sehen wir an der Neigung von Unternehmen jeder Art, in sogenannte Billiglohnländer zu gehen. Da dort die Produktivität geringer ist, kann ein Unternehmer schon durch geringe Produktivitätssteigerungen enorme Gewinne verbuchen. Verkauft er die dort gefertigten Waren im Hochlohnland, macht er wiederum Gewinne, zusätzlich zu der Wertschöpfung aus



paßt die Notenbank die Menge des umlaufenden Geldes einfach an. Eine Edelmetalldeckung der Währung wird somit überflüssig, ja sogar gefährlich. Mit Geld drückt man den Wert einer Ware aus, aber auch Arbeit ist eine Ware.

Das Schaffen von Arbeit ist, wie Götz Werner richtig feststellt, nicht die Aufgabe der Wirtschaft. Seit frühester Geschichte haben

der ohnehin unterbezahlten Arbeit. Er wird praktisch zu einem Finanzspekulant, der durch die Wechselkursbindung keinerlei Risiken fürchten muß und der beiden Volkswirtschaften enormen Schaden zufügt.

Nationale Währungen und freie Wechselkurse bedeuten natürlich das Ende der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form, was für alle europäischen Länder aber von Nutzen wäre. Eine Rückkehr zu den nationalstaatlichen Wurzeln würde es den einzelnen Ländern ermöglichen, eine objektive Annäherung untereinander durchzuführen, welche zwar mehr Zeit beansprucht, dafür aber von Dauer wäre.

Jedes einzelne Land könnte dann die oben erwähnten Reformen durchführen und könnte nach eigenem Ermessen z. B. Ein- und Ausfuhrzölle für Länder beschließen, welche sich nicht dem freien Wechselkurssystem anschließen, womit sie dann den eigenen Binnenmarkt schützen würden.

Aber im Falle Deutschland gibt es ein Resort, welches zur Zeit alle Schichten der Gesellschaft trifft, den kleinen Mann genauso wie den Konzern und selbst den Staat – die Energiekosten. Die gegenwärtige Situation macht deutlich, daß es für ein Land nichts Wichtigeres gibt, wie die Unabhängigkeit in Sachen Energie. Jede Form der Abhängigkeit schwächt ein Land. Für Deutschland ist Öl zur Zeit lebenswichtig. Diese Abhängigkeit führt dazu, daß dem Binnenmarkt großer Schaden zugefügt wird. In Kombination mit Ölpreisspekulationen an der Börse, Wechselkursbindungen und mit in Dollar hinterlegten Devisenreserven ist es ein Wunder, daß es nicht schon die gesamte Weltwirtschaft dahingerafft hat. Ein Umstand, der der US-Notenbank zu verdanken ist, welche ständig Dollars druckt und somit den Markt am leben hält. Einen entscheidenden Nachteil hat diese Handlungsweise aber, wenn z. B. ein Land wie China einen großen Teil seiner in Dollar eingelagerten Devisenreserven auf den Markt wirft. Dann wird der Dollarkurs einbrechen. In der Folge werden andere Länder so schnell wie möglich ihre Dollars auf den Markt werfen und der Dollar würde jede durch ihn hinterlegte Währung mitreißen. Mit diesem kleinen Exkurs sollte nur klargemacht werden, wie wichtig eine unabhängige Währung ist und mit welchem Nachdruck im Bereich alternativer Energien gearbeitet werden muß.

Neben den schon erwähnten Reformen, muß aber noch eine weitere durchgeführt werden: die Bodenreform. Grundbesitz wird es nur noch in sehr eingeschränkter Form geben können. Wer ein Stück Land nutzen möchte, wird dies vom Staat, im Falle einer gesellschaftlich wertvollen Nutzung, kostenlos pachten können. Sobald diese Nutzung aber nicht mehr fortgeführt wird fällt das Stück Land wieder an den Staat zurück. Der Staat ist hier natürlich in der Pflicht, die ökologische Verträglichkeit zu prüfen. Gesellschaftlich wertvoll sind z. B.: Landwirtschaft oder Industrie. Wie schon erwähnt, muß jede Form von Spe-

kulation unterbunden werden. Dazu gehören auch Immobiliengeschäfte. Dies gilt nicht für auf den Grundstücken errichtete Gebäuden welche, im Falle einer Rückübertragung, dann natürlich abzugelten sind, da sie ja einen realen Wert darstellen. Ein gewisser Selbstbehalt an Grundfläche sollte jedem zustehen, zur privaten Nutzung. Veräußerbar sind jedoch nur Bauwerke etc., nicht das Grundstück selbst.

Bei der Betrachtung der oben aufgeführten notwendigen Veränderungen, welche keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, wird klar, daß ein Land wie Deutschland keine Reformen, sondern eine Revolution braucht.

Als Beispiel für die Uneinigkeit in unserem Land kann man die Ergebnisse der vorgezogenen Bundestagswahlen nehmen, welche mehr als deutlich machen, wie wichtig eine geschlossene Haltung der Bevölkerung wäre. Aber durch gezielte Desinformationen der Medien, welche geschickt die Prinzipien der Massenpsychologie einsetzen, wird ein vernünftiges Verhalten der Bevölkerung zumindest soweit unterdrückt, als daß es zu keiner Gefährdung des bestehenden Systems kommt. Die Unterhaltung der Massen wird durch das Polittheater gewährleistet und dessen Weiterbestand durch das Suggestieren seiner Alternativlosigkeit gesichert.

Den Grundsatz der Massenpsychologie, immer die Emotionen und nie den Verstand der Bevölkerung anzusprechen, haben alle an der »Meinungsbildung« beteiligten Institutionen mit Bravour umgesetzt. Allerdings sind es gerade diese Mechanismen der Massenpsychologie, die eine revolutionäre Entwicklung unserer Gesellschaft erst ermöglichen würden. Das heißt, wer heute die Gesellschaft verändern möchte, aus welchen Gründen auch immer, muß die Medien unter seine Kontrolle bringen.

Das Märchen von der freien Presse hatte noch nie einen wahren Hintergrund und allein die Tatsache, daß Menschen ihre Entscheidungen nach den ihnen zur Verfügung stehenden Informationen treffen, zeigt, daß die Medien durch ihre Informationen immer auch beeinflussen. Es ist offensichtlich, daß die Medien, besonders das Fernsehen, das Entstehen einer geschlossenen Masse, durch gezielte Desinformation verhindern.

Eine geschlossene Masse im Sinne einer »gerichteten Gleichschaltung aller Individuen« ist aber die Grundvoraussetzung für revolutionäre Veränderungen in einer Gesellschaft.

Wir Ostdeutsche wissen aber nur zu gut, daß man bestimmte Entwicklungen nicht verhindern, bestenfalls verzögern kann. Doch das Verzögern einer Entwicklung, die unvermeidlich ist, hatte immer, mehr oder weniger, katastrophale Folgen. Bleibt zu hoffen, daß sich der eine oder andere Volksvertreter auf den für ihn gültigen, vom deutschen Volk jedoch nicht ratifizierten Verfassungsgrundsatz besinnt, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und dem nach bestem Wissen und Gewissen nachkommt.

Bio-Ethanol und Diesel

Vor dem aktuellen Hintergrund im Zusammenhang mit den neuen Grenzwerten von Partikelemissionen, ist es unverständlich, warum in den kurz- und mittelfristigen Maßnahmenkatalogen von Städten und Gemeinden nicht die Beimischung von Bioethanol zum Dieseltreibstoff aufgegriffen wird. Durch die Beimischung von Bioethanol zum Dieseltreibstoff würden sich die Partikelemissionen um bis 46 Prozent reduzieren. Aufgrund der gesetzlichen Steuerbefreiung von Biokraftstoffen können damit gleichzeitig die Treibstoffkosten gesenkt und insgesamt der Umstieg auf alternative Treibstoffe in Deutschland forciert werden.

Emissionsminderungen durch Bio-Ethanol-Beimischung zum Dieseltreibstoff

Partikelemissionen:	bis 46 %
Rußemissionen:	11 bis 70 %
Kohlenmonoxid (CO):	bis 28 %
Stickoxide (NOx):	2 bis 6 %

Mit der seit Beginn 2004 bestehenden Steuerbefreiung für biogene Treibstoffe erfolgte die entscheidende Weichenstellung für die Nutzung von Bio-Treibstoffen; mit einer Ausweitung der Anwendungsmöglichkeiten für Bio-Ethanol könnte ein weiterer Aufschwung erreicht werden. Die sich aus dieser Steuerbefreiung ergebenden Möglichkeiten sind bisher vielen, auch den Städten, nicht bewußt.

Ethanol-Diesel-Mischungen werden weltweit in mehreren Ländern (z.B. Brasilien, USA, Kanada, Australien und Indien) eingesetzt resp. getestet. Wegen der Absenkung des Flammpunktes sind aber höhere Sicherheitsvorkehrungen (wie z.B. die Modifikation des Kraftstofftanks) notwendig.

Dr. HERMANN SCHEER,
MdB, Präsident von EUROSOLAR

Order 81

»Order 81« ist eines von Hunderten Gesetzen, welche die US-Besatzungsbehörde dem Irak aufzwingt. Dieses Gesetz erlaubt Patente auf Saatgutzüchtungen und damit auch das Erheben von Lizenzgebühren. Da die irakische Landwirtschaft nach dem Krieg am Boden liegt, sind die Bauern auf Saatgutlieferungen aus dem Ausland angewiesen. Diesem Bedürfnis kommen die Saatgutkonzerne nur allzu gern nach und liefern entsprechend patentiertes Saatgut. Dank »Order 81« ist es den Bauern nicht gestattet, sich einen Teil der Ernte als Saatgut aufzusparen, vielmehr müssen Sie jedes Jahr Lizenzgebühren an Firmen wie Bayer, Syngenta und Monsanto zahlen.

Die Information zu diesem sehr brisanten Thema habe ich der Septemerausgabe des Naturkostmagazins »Schrot & Korn« entnommen, wo das Thema ausführlicher behandelt wird. Diese Zeitschrift gibt es kostenlos für Kunden von entsprechenden Geschäften.

ANDY LOSCH 15

Pellets preiswerter als Öl

Mitten in der idyllischen Ost-Steiermark pulsiert ein europaweit bekanntes Zentrum der Innovation: In St. Margarethen bei Graz entwickelt die Firma KWB (Kraft und Wärme aus Biomasse) Pellets-, Hackgut- und Stückholzvergaserkessel, die in ganz Mitteleuropa die Standards vorgeben. Die Grundidee der KWB war die kühne Vision des Grazer Wissenschaftlers Dr. August Raggan: Die einzige Chance, den globalen Klimakollaps und dem ökonomischen Chaos zu entkommen ist die Umstellung der Menschheit auf Erneuerbare Energien.

So wurde 1994 die KWB gegründet, die heute bereits 96 Menschen direkt beschäftigt und weitere 110 in der Zuliefererindustrie. In Österreich, Deutschland, Italien, Spanien, Slowenien, England, Irland und Belgien wurden etwa 11.000 Pellets- und Holzhackschnitzelanlagen von KWB installiert. Jährliche Wachstumsraten des Unternehmers: Um die 50 %.

Ursprünglich waren die Anlagen für Ein- und Zweifamilienhäuser konstruiert, heute auch für ganze Wohnsiedlungen, die komplett mit Wärme versorgt werden. Klimaschutz durch Biomasse! Die steigenden Ölpreise und Umweltprobleme werden KWB auch in den nächsten Jahren wachsen lassen. Die Landwirtschaftskammer Steiermark hat einen Preisvergleich zwischen Pellets und Öl für ein durchschnittliches Einfamilienhaus angestellt.

Ergebnis: Ölheizung pro Jahr 911 Euro. Pelletsheizung pro Jahr 638 Euro

Die Schere wird sich in den nächsten Jahren und erst recht in den nächsten Jahrzehnten weiter zu Gunsten der Pelletsheizung öffnen.

Mitte Februar 2005 hatte KWB zu einem »Tag der offenen Tür« eingeladen. 5000 Besucher waren gekommen. Franz Alt hielt den Festvortrag zum Thema »Die Sonne schickt uns keine Rechnung – Neue Energie – Neue Arbeitsplätze«. Der Fernsehjournalist aus Deutschland ermutigte die Gründer und Mitarbeiter der KWB den eingeschlagenen Weg in dem bisherigen Tempo weiterzugehen. »Sie sind die Pioniere für das kommende Solarzeitalter. Ihr kleines Land Österreich hat heute schon 15 Prozent Energie aus Biomasse und zeigt dem großen Europa und der ganzen Welt, daß der 100-prozentige Umstieg auf Erneuerbare Energien möglich ist«, sagte Franz Alt. Der Umstieg vom Atom- und Ölzeitalter ins Solarzeitalter sei die wichtigste Vision für eine bessere Welt. »Nutzen Sie weiter die Energie aus der Heimat. Das macht sie unabhängig und frei und schafft Arbeitsplätze in den jeweiligen Regionen.«

2004 erhielt die KWB den »Energy Globe 2004«, den steierischen Gesundheitspreis und den Innovationspreis 2004.

herausgesucht von KURT HILKER
(Energiesparkontor Barnim e.V.)

AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim:

Alternative Energien und die PDS

Eberswalde (agu/bbp). Bei der AG Umwelt (AGU) der Linkspartei.PDS im Barnim stand jüngst das Thema Alternative Energien auf der Tagesordnung. Zu ihrer Beratung am 23. September hatten die AGler als kompetenten Gesprächspartner den Vorsitzenden des Energiesparkontor Barnim e.V. Kurt Hilker eingeladen. Vor fast zehn Jahren hatte Kurt Hilker gemeinsam mit Gleichgesinnten den Arbeitskreis Alternative Energien Eberswalde ins Leben gerufen (vgl. BBP 5/1996). Anknüpfend an den im Jahr 1995 erfolgten Beitritt der Stadt Eberswalde zum Klimabündnis europäischer Städte verfolgte Kurt Hilker die Idee, schrieb damals die BBP, »die verschiedenen Potentiale in der Stadt zusammenzuführen«.

Die AGU-Mitglieder hörten mit Erstaunen, daß ein Viertel der Gründungsmitglieder damals der PDS angehörte bzw. aktiv mit der Partei sympathisierte. Mit Klaus Meißner war sogar ein PDS-Stadtverordneter vertreten. Die von ihm erhoffte Resonanz bei den Fraktionskollegen hielt sich allerdings in Grenzen, so daß er sich bald aus der Politik zurückzog. Immerhin gelang es in der StVV nach mehrjährigem Bemühen ein Klimaschutzkonzept für die Stadt Eberswalde auf den Weg zu bringen. Die Barnimer Bürgerpost hat darüber ausführlich berichtet (u.a. BBP 14/1996, 5, 9, 10/1997, 2, 5/1998, 2/1999 und 6/2000).

Fruchtbringender war die Zusammenarbeit des Arbeitskreises mit Unternehmen in der Region, die sich der Anwendung alternativer Energien verschrieben haben und mit dem Energiesparkontor Barnim e.V., in den der Arbeitskreis schließlich aufging.

Ein wichtiger Erfolg war das von den Landkreisen Barnim und Uckermark getragene Projekt BARUM 111 (vgl. u.a. BBP 7/2003). In Eberswalde erarbeitete der Verein in Zusammenarbeit mit der Stadt vor drei Jahren eine Potentialanalyse zur Nutzung der Dächer kommunaler Gebäude für die Photovoltaik. Die beiden großen Wohnungsgesellschaften WHG und WBG haben hier inzwischen einiges getan. In Zusammenarbeit mit den Bündnisgrünen wird die »Solarstatistik« auf dem neuesten Stand gehalten. Kürzlich erfolgte durch And-

reas Fennert die Übergabe einer entsprechenden Urkunde an Bürgermeister Schulz.

Ein Hauptproblem bei der Nutzung kommunaler Dächer für die Solartechnik, deren Finanzierung, soll künftig durch die Gründung spezieller Bürgerfonds gelöst werden. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bietet die Grundlage, daß für das eingezahlte Kapital eine garantierte Rendite gewährt werden kann, die deutlich über der normalen Sparbuchverzinsung liegt. Ein Modell, das sich vielleicht auch für andere Bereiche eignet.

Kurt Hilker sagte der AG Umwelt seine weitere Unterstützung beim Thema Alternative Energien zu. Die AGUler wollen in den nächsten Monaten mit entsprechenden Aktivitäten innerhalb ihrer Partei wirksam werden und sich mit entsprechenden Vorschlägen an die kommunalen Fraktionen der Linkspartei in Eberswalde und im Barnim wenden.



Die Exkursion in den Permakulturgarten am 10. September war ein weiterer Tagesordnungspunkt der Beratung der AG Umwelt. Daniel Fischer, der die neun Teilnehmer durch den Garten führte, erläuterte ausführlich Aufbau und Funktionsweise des Permakulturgartens. Schwerpunkt der nächsten Beratung, die am 24. Oktober um 18.30 Uhr im Café am Weidendamm stattfindet, wird das Thema »Streusalzeinsatz im Winterdienst« sein.

Stop des Netzausbaus und Schuldenfalle

Kürzlich vermeldete die Lokalpresse, daß der ZWA den Netzausbau stoppen will. Es ist zu begrüßen, daß nun viele Bürger nicht mehr dem Anschlußzwang unterliegen. Daß der ZWA für die Entscheidung so lange brauchte, ist natürlich für die Betroffenen insbesondere wegen der entgangenen Fördermittel ärgerlich.

Aber das zeigt auch die in ganz Deutschland verbreitete Mentalität der »Fördermittelabzocke«, welche auf allen Ebenen der Gesellschaft herrscht und damit Mitschuld trägt an

der wirtschaftlichen Stagnation. Insbesondere die ungerechte Verteilung von Subventionen sorgt bei den Betroffenen für Unmut und zeigt gleichzeitig wie abhängig nicht nur Wirtschaft und Verbände, sondern jeder einzelne von den von Lobbyisten gelenkten Fördergeldern ist.

Und es zeigt auch, daß es aufgrund unseres Finanz- und Bankensystems unmöglich ist, ab einem gewissen Punkt, der Schuldenfalle zu entgehen.

ANDY LOSCH

Betrachtungen und Erinnerungen zu einem schwierigen Thema (Teil 1):

Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutschland einig Vaterland

von Rolf Richter

Schwierig ist das Thema Einheit in Deutschland immer gewesen. Der Streit begann bereits damit, was unter Deutschland, und endete noch keineswegs bei der Frage, was unter der Einheit zu verstehen sei – ein Staatenbund, ein Bundesstaat, eine einheitliche Republik?

Das deutsche Bürgertum als die Klasse, die sich anschickte, sich zur Nation zu konstituieren, konnte sich 1848 nicht entschließen, sich der Monarchen zu entledigen, wie es die Franzosen getan hatten. Daher blieb es zerrissen zwischen dem Vielvölkerstaat Österreich und dem preußischen Militärstaat, der sich auf Kosten Polens arrondiert hatte und ohne Unterdrückung der polnischen Minderheit nicht überleben konnte. Beide waren also keine nationalen Staaten und sollten nun einer werden? Die Unterdrückung anderer Völker war dem künftigen deutschen Nationalstaat in die Wiege gelegt. Der neue Staat blieb merkwürdig unentschieden hinsichtlich Konstitution, Klassencharakter und territorialen Ansprüchen. Bismarck hatte mit Teilen der Junker und der Bourgeoisie zugunsten der Hohenzollern die kleindeutsche (und antidemokratische) Lösung durchgesetzt. Die Alldeutschen und der österreichische Nationalist Hitler haben gerade dies den Hohenzollern übel genommen (*»Das war ein beträchtlicher Verlust an Land und Leuten,... ein Verlust an deutschem Volkstum an das Slawentum in Österreich, eine Einbuße an deutschem Kultureinfluß in Südosteuropa: das ist der Preis, mit dem die staatliche Einheit... erkaufte ist«*, sagt die Seydlitz'sche Geographie von 1909).

Ohne Annexionen ist es bei den deutschen Einigungen nie abgegangen. Lange bevor das rheinische Kapital die DDR annektierte, schluckte Preußen 1866 das Königreich Hannover. Der kleine Greizer Staat, Heimat meiner Großmutter, wurde als österreichischer »Verbündeter« (*»Armee«* etwa 500 Mann) martialisch besetzt und entging der Einverleibung nur knapp. Freunde machte sich Preußen damit nicht. 1871 annektierte das Kaiserreich das französische Elsaß-Lothringen. Damit hatte man das Dilemma. War schon die innere Einheit wegen der Verletzungen durch das Zusammennageln der deutschen Länder von oben und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung problematisch, so gefährdete die Annexion der französischen und polnischen Gebiete den Staat von innen und außen. Bismarck versuchte dem durch Rückversicherungsverträge, Tak-

tieren und Maßhalten in der Außenpolitik zu begegnen. Hitler wollte später das Problem durch einen Rundumschlag *»ein für allemal«* lösen. Beides ging schief. Innenpolitisch bedeutete die Einverleibung starker Minderheiten, die zeitweilig Verbündete der Arbeiterbewegung zu werden drohten, daß sich das Kaiserreich nicht wie England zur bürgerlichen Demokratie entwickeln konnte. Es blieb ein halbautoritärer Staat. Hoffmanns Wort von 1848 – *»Einigkeit und Recht und Freiheit«* – dagegen ein frommer Wunsch.

1945 war die Einheit für das besetzte Deutschland zunächst kein Thema. Es ging ums physische Überleben für die Menschen und das Land. Und darum, zu verhindern, daß sich die eben erlebte Katastrophe je wiederholen konnte. Stalin, der immer deutschfreundlich gewesen ist – er hatte ja selbst für die Rheinlandbesetzung und den Anschluß Österreichs noch ein begrenztes Verständnis aufgebracht –, sprach allerdings das Problem zweimal an. Am 23. Februar 1942, im Tagesbefehl zum Tag der Roten Armee, fiel das berühmte Wort vom deutschen Volk und deutschen Staat, die bleiben. Und in seiner Ansprache am 9. Mai 1945 erklärte er: *»Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.«*

Weniger klar blieben die Westalliierten. Roosevelt am 1. März 1945 über die bedingungslose Kapitulation: *»Es bedeutet zeitweilige Kontrolle Deutschlands durch England, Rußland und Frankreich und die Vereinigten Staaten. Jede dieser Nationen wird eine andere Zone besetzen und verwalten – und zwar in einheitlicher Weise mit Hilfe eines zentralen Kontrollrates in Berlin... Wir wollen nicht, daß Deutschland hungert oder eine Bürde für die Welt wird.«* Am 25. August 1943 hatte er, auch wenig deutlich, dazu gesagt: *»Es ist das Ziel der Vereinten Nationen, den befreiten Völkern die Entfaltung freien politischen Lebens nach eigenem Gutdünken und die Erlangung wirtschaftlicher Sicherheit zu ermöglichen.«*

Vorerst allerdings hungerte Deutschland, und selbst von Freizügigkeit zwischen den Zonen konnte keine Rede sein, wenn man nicht den illegalen und unsicheren Weg über die *»grüne Grenze«* gehen wollte, der bis etwa 1948 für Ortskundige möglich blieb. Als mein Vater im November 1945 von Stendal (SBZ)

nach Hannover (britische Zone) fahren wollte, brauchte er außer diversen Genehmigungen zwei Personalausweise: einen deutsch-englischen und einen deutsch-russischen. Wir waren während des Bombenkrieges von Hannover in die etwas ruhigere Altmark evakuiert worden. Mein Vater, von Berufs wegen – er war Lehrer – in Hannover zum Bleiben verpflichtet, kam zu Ostern 1945 nach Stendal und konnte nicht zurück – die Amerikaner waren inzwischen eingerückt, und alle Reisen unmöglich geworden. Auch später blieben die Zonengrenzen geschlossen, außer für organisierte Umsiedlertransporte. Für unsere Rückkehr fehlten jahrelang alle Voraussetzungen. Unsere Wohnung war ausgebrannt. Noch im September 1949, als meine Mutter besuchsweise nach Hannover wollte, teilte das dortige Wohnungsamt mit: *»Die beantragte Aufenthaltsgenehmigung ist von der Vorlage einer Bescheinigung der Stadtverwaltung Stendal abhängig, daß Frau Richter ihren festen Wohnsitz in der Ostzone beibehält und gegen ihre Rückkehr, nach Ablauf des beabsichtigten Aufenthalts in Hannover, keine Bedenken bestehen.«* Meine Mutter ließ sich also in Stendal bescheinigen, *»daß gegen ihre Rückkehr nach Beendigung des beabsichtigten Aufenthaltes in der Westzone wohnungsmäßig keine Bedenken bestehen«*, ein Vorgang, den man rückblickend kaum glauben möchte. Aber damals war die Wohnungsnot im zerstörten Hannover noch groß, es bestand kein Verlangen nach Zuzug der angeblich so bedrängten Bewohner der SBZ.

Seit Mitte 1946 mehrten sich die Anzeichen für tiefgehende Konflikte zwischen UdSSR und Westalliierten auch in der Deutschlandpolitik. Die Beunruhigung wuchs, denn die Gründung der Bizone (1.1.1947) und vieles andere lief auf Spaltung und Ausgrenzung des Ostens hinaus.

Was nun folgte, der Kampf um die Einheit Deutschlands – vom Verfassungsentwurf der SED (November 1946) bis zur Stalin-Note (1952) – hat meine Grundschulzeit geprägt.

Quellen: Dokumente im Familienbesitz. Präsident Roosevelt, Amerika und Deutschland 1936-1945. Auszüge aus Reden und Dokumenten. Herausgegeben im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten, o. O., o. J. [1945 oder später]. A. Rohrmann, Landeskunde des Deutschen Reiches, in: E. von Seydlitz'sche Geographie, Ausgabe D, Heft 4. Breslau 1909. J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Moskau 1946.

15 Jahre Integrationsferien

Auch in diesem Sommer bescherte die Ferienfreizeit des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Brandenburg (ABB) 216 Kindern mit und ohne Behinderung in der EJB am Werbellinsee unbeschwerte Tage, die mit Spiel, Spaß, interessanten Ausflügen und vielfältigen Aktivitäten wie im Fluge vergingen. Selbstlose Hingabe, schier unbegrenzte Ideen und vor allem die Zuneigung zu den Mädchen und Jungen zeichnen das mehr als 90köpfige ehrenamtliche Betreuerteam aus, das von Ann Franke, Daniela Weiß sowie Uta und Thomas Kroop geleitet wird. KLAUS MORGENSTERN sprach anlässlich des Jubiläums mit UTA und THOMAS KROOP.

15 Jahre Integrationsfreizeiten mit dem ABB. Sie sind von Anfang an dabei, trugen Sorge, daß das Ferienlager nach der Wende erhalten blieb und unter die Fittiche des ABB kam. Haben Sie schonmal ans Aufhören gedacht?

Natürlich nicht. Im Gegenteil! Jedes Jahr freuen wir uns mehr auf die zwei Wochen mit »unseren« Kindern, auf ihr Lachen, ihre Fragen, ihre Sorgen und ihre Wünsche. Auch als vor drei Jahren die Finanzierung der Ferienfreizeiten auf wackligen Beinen stand, steckten wir nicht den Kopf in den Sand, kämpften wir gemeinsam mit dem ABB für den Erhalt. Und, wie man sieht, haben wir gewonnen.

Jahr für Jahr opfern Sie einen Teil Ihres Urlaubs, stecken ungezählte Stunden in die Vorbereitung.

Für uns ist das kein Opfer, sondern eine Bereicherung unseres Lebens. Wir bekommen von unseren Schützlingen so viel zurück, lernen die Welt mit ihren, also ganz anderen Augen zu sehen. Manche Dinge, die man als Erwachsener so furchtbar schwer und wichtig nimmt, werden leicht und bedeutungslos. Im Übrigen sind wir süchtig, süchtig nach der ansteckenden Fröhlichkeit, nach dem bunten Chaos, nach den Kuschelstunden, dem wilden Toben, dem Verkleiden, Basteln, Theaterspielen, den viel zu kurzen Nächten und der alljährlichen Heiserkeit die sich nach den 14 Tagen einstellt.

Jeder Durchgang hat sein Motto, also 30 verschiedene Themen bisher. Woher haben Sie so viele Einfälle?

Manchmal grübeln wir schon eine ganze Weile, aber schließlich fließen hier die Vorschläge aller Teammitglieder ein. Oft entstehen schon während der laufenden Freizeiten die Ideen fürs nächste Jahr, inspiriert durch die Vorstellungen der Kinder. Überhaupt steht und fällt unser Projekt mit den hoch motivierten und unwahrscheinlich engagierten Betreuer/innen, Helfer/innen sowie den Medizinerinnen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Integrationsferien?

Noch viele erlebnisreiche Ferientage mit vielen glücklichen Teilnehmer/innen. Dafür geht unser herzlicher Dank an alle, die uns in der Vergangenheit finanziell, materiell und ideell halfen. Wir würden uns über noch mehr Unterstützer freuen, die von der Idee gemeinsamer Ferien von behinderten und nicht behinderten Kindern genauso begeistert sind wie wir.

Bürgerengagement anstiften

Die Barnim-Uckermark-Stiftung und die Bürger.Stiftung.Halle sind zwei von vielen ost-deutschen Bürgerstiftungen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, einfallreich bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Miteinander vor Ort zu fördern. Kein leichter Vorsatz, wie sich in der Praxis zeigt.

Die Barnim-Uckermark-Stiftung wurde im Februar 2003 als erste Bürgerstiftung im Bundesland Brandenburg gegründet. Bürgerschaftliches Engagement, demokratische Kultur und regionale Entwicklung bilden die thematischen Schwerpunkte der Stiftungsarbeit. Für André Koch von der Barnim-Uckermark-Stiftung bedeutet die Stärkung von Demokratie und Bürgergesellschaft auch, Eigeninitiative und individuelle Verantwortungsübernahme zu fördern. »Ob sich dieser Anspruch aber auch in der Praxis wiederfindet, ist allerdings eine andere Frage. Daher haben wir für unsere Projektarbeit eine Frage entwickelt, an dem sich gegenwärtige und zukünftige Projekte messen lassen sollen: Fördert das Projekt Eigeninitiative und/oder Gemeinnutzen?«

Dieser Maßstab wird auch an das neueste Projekt der Stiftung angelegt: die Vorleseinitiative »Lesezauber«. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen beklagen seit einigen Jahren, daß Kinder und Jugendliche immer weniger lesen. Die PISA-Studien bestätigen diese Beobachtungen: Jeder fünfte Schüler im Alter von 15 Jahren verfügt über eine unzureichende Lesekompetenz. Mögliche Gründe lassen sich viele finden: hohe Preise für neue Bücher, weite Wege zur nächsten Bibliothek oder Eltern, die andere Sorgen haben, als ihre Kinder an Bücher heranzuführen. Richtig lesen zu können ist jedoch eine Schlüsselkompetenz und hat erheblichen Einfluß auf die Chancen der Kinder. Die Barnim-Uckermark-Stiftung und engagierte Eltern aus Eberswalde haben sich deshalb gefragt: Was können wir tun, um die Lust am Lesen zu fördern?

Mit der Vorleseinitiative »Lesezauber« wendet sich die Stiftung an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die Lust haben, sich als ehrenamtliche Vorleserinnen und Vorleser für Kinder zu engagieren. Gesucht wurden Menschen, die sich zutrauen, Kinder für die Welt der Bücher zu begeistern und regelmäßig in Bibliotheken oder an anderen Orten vorlesen – und die Resonanz war überwältigend. Mit »Lesezauber« sollen vor allem Kinder erreicht werden, denen der Zugang aus verschiedenen Gründen bislang versperrt blieb. Und es geht um die Einbeziehung aller Kinder: Deswegen wird auch in einem Stadtteil vorgelesen, in dem viele Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion leben. »Weil wir wissen, wie wichtig das Vorlesen für den Spracherwerb und damit für gesellschaftliche Teil-

habe ist, lesen wir außer in der Stadtbibliothek auch in einem Wohngebiet mit hohem Migrantenanteil vor«, so André Koch.

Die Barnim-Uckermark-Stiftung arbeitet dabei mit einem migrantischen Selbsthilfverein zusammen. Durch das Vorlesen werden nicht nur Kinder an das Lesen herangeführt, sondern auch Menschen zusammengeführt, die vielleicht noch nicht so oft miteinander in Berührung gekommen sind. Mit der Vorleseinitiative stärkt die Barnim-Uckermark-Stiftung daher das demokratische Miteinander verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.



Bezaubernder Lesezauber. Die nächste Generation zielt im Blick

Daß Zuwandererkinder und ihre Familien Teil unserer demokratischen Gesellschaft sind, wird dann zur Selbstverständlichkeit.

Auch für die Bürger.Stiftung.Halle steht die Förderung des demokratischen Gemeinwesens und des bürgerschaftlichen Engagements an erster Stelle. Andreas Hesse von der Bürger.Stiftung.Halle betont dabei die Verantwortung, die jeder Einzelne gegenüber der Gesellschaft hat, in der er lebt: »Wenn wir davon ausgehen, daß Freiheit ein wesentliches Bestimmungsmerkmal von Demokratie ist, dann ist es Aufgabe einer Bürgerstiftung, diese Freiheit gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einer Region aktiv zu gestalten.« Denn: »Ein Gemeinwesen kann nur so reichhaltig sein, wie die Menschen bereit sind, dahinein zu investieren – mit Zeit, mit Geld, mit Ideen.«

Eine Bürgerstiftung bietet denjenigen Bürgern, die sich für ihre Mitmenschen, für das Gemeinwesen in ihrer Stadt oder Region engagieren wollen, einen Rahmen für ihr Engagement – einen Rahmen, den sie gestalten und verändern...

Demokratische Kultur zu fördern und Zivilgesellschaft zu stärken – das müssen keine abstrakten Ziele bleiben. Die Projekte der Bürger.Stiftung.Halle und der Barnim-Uckermark-Stiftung zeigen: Demokratisches Miteinander und bürgerschaftliche Verantwortung können tagtäglich praktiziert und gelebt werden – in den vielfältigsten Formen und von den vielfältigsten Menschen.

FRANZISKA EXELER
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Aktiv im Umweltschutz

Ein Seminar für alle, die aktiv in die Umweltarbeit einsteigen wollen, das bietet die BUNDjugend vom 28.-30. Oktober in der Jugendbildungsstätte Hirschluch bei Storkow an. »Es gibt viele Menschen, die sich aktiv für den Umweltschutz einsetzen wollen, doch nicht wissen, wo sie die richtigen Ansprechpartner finden – hier wollen wir Kontakte vermitteln und Informationen weitergeben« sagt der Bildungsreferent der BUNDjugend Thorsten Haas. Zu Beginn des Seminars geht es um die Frage, warum Jugendliche sich überhaupt für den Umweltschutz engagieren. Hierbei kann über die individuelle Motivation und Herangehensweise diskutiert werden. Zudem wird extra eine erfahrene Umweltpsychologin anwesend sein.

Anschließend werden Möglichkeiten vorgestellt, in denen junge Menschen beruflich im Umweltschutz aktiv werden können. Teilnehmer des Freiwilligen Ökologischen Jahres werden hierbei aus ihren Einsatzbereichen erzählen. Zum Abschluß des Seminars soll es noch ein Aktionstraining geben, bei dem auch ein Überblick über die aktuellen Kampagnen im Umweltbereich gegeben wird. Die BUNDjugend hofft mit diesem Seminar junge Menschen für die Umweltschutzarbeit interessieren zu können. Alle die mehr über den Verband oder das Seminar erfahren wollen, können sich unter deren Homepage www.bundjugend-brandenburg.de anschauen oder unter Tel. 0331 95 11 971 weitere Informationen anfordern. Das Seminar kostet 20 Euro.

FRANZISKA GÖPFERT,
BUNDjugend Brandenburg

JuLeiCa-Ausbildung

Die BUNDjugend bietet diesen Herbst wieder eine Jugendgruppenleiterausbildung an. Im Rahmen dieser Ausbildung erhalten Jugendliche die Qualifikation Jugendgruppen zu leiten, zu moderieren und zu betreuen. Die Seminar Teilnehmer lernen alles über Gruppenpädagogik und Gruppendynamik, erhalten rechtliches Grundwissen und lernen viele praktische Spiele kennen.

Die Jugendgruppenleiter-Card (JuLeiCa) ist bundesweit anerkannt, bei vielen Vereinen ist sie Voraussetzung, um selbständig Gruppen leiten zu dürfen. Die BUNDjugend will Jugendliche im Alter von 16 bis 26 Jahren ausbilden, um sie für ihre Seminare und Freizeiten als zukünftige Teamer zu gewinnen.

Die insgesamt drei Seminarwochenenden finden am 11.-13. November, 3.-4. Dezember und 21. - 22. Januar statt. Der Teilnehmerbeitrag für alle drei Seminare inklusive vegetarischer Vollverpflegung, Übernachtung, Programm, Referenten und Materialien beträgt 60 Euro. Weitere Informationen und Anmeldung: BUNDjugend Brandenburg, Tel: 0331 95 11 971, email: bundjugend-bb@bund.net.

FRANZISKA GÖPFERT,
BUNDjugend Brandenburg

Ideenwettbewerb »klick´05«:

1. Preis für Jugendclub »Am Wald«

Eberswalde (prest-ew). Klick´05, ein Wettbewerb der Bundesinitiative »Jugend ans Netz«, hatte Jugendeinrichtungen in allen Bundesländern aufgefordert, konkrete und praxisorientierte Konzepte für die Jugendarbeit mit dem PC und Internet einzureichen. 176 Anträge waren eingegangen, aus denen 64 Preisträger von der Fachjury ermittelt wurden. Als Hauptpreis lockte je Bundesland eine Komplettausstattung für ein Internetcafé.

Der 1. Preis im Land Brandenburg geht nach Eberswalde an den städtischen Jugendclub »Am Wald« im Brandenburgischen Viertel. Mit seinen Ideenvorschlägen hat der Jugendclub die Jury überzeugt und gleichzeitig Anregung für Projekte anderer Einrichtungen gegeben. Absicht ist es, in einem Viertel mit sozial be-

nachteiligten Jugendlichen, das bestehende Angebot an Grundkursen im Umgang mit PC und Internet auszuweiten.

Die eingereichte Idee beinhaltet das Ziel, zusammen mit anderen Institutionen für die Jugendlichen ein Internetforum mit Internetradio und TV für die Stadt zu errichten. Im Rahmen des Radio- und TV-Programmes sollen durch die Jugendlichen Inhalte über Freizeitgestaltung, Lehrstellen, thematische Reportagen u.v.m. erstellt werden.

Da auch reichlich Erfahrung in der Arbeit mit Senioren besteht, ist es denkbar, generationsübergreifende Inhalte zu produzieren. Vor allem gilt es, mehr Verständnis untereinander und für andere Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.

Oberschüler sammeln für Suppenküche

Eberswalde (bus). Den ersten Tag der Sommerferien verbrachten fünf Schülerinnen und Schüler der Goethe-Oberschule nicht am Badensee, wie es viele ihrer Freunde taten. Jana, Maria, Kirsten, Nina und Erik nutzten ihren ersten freien Tag, um gemeinsam Gutes zu tun. Sie organisierten einen Flohmarktstand in der Rathauspassage, dessen Erlöse sie jetzt der Eberswalder Suppenküche übergeben haben.

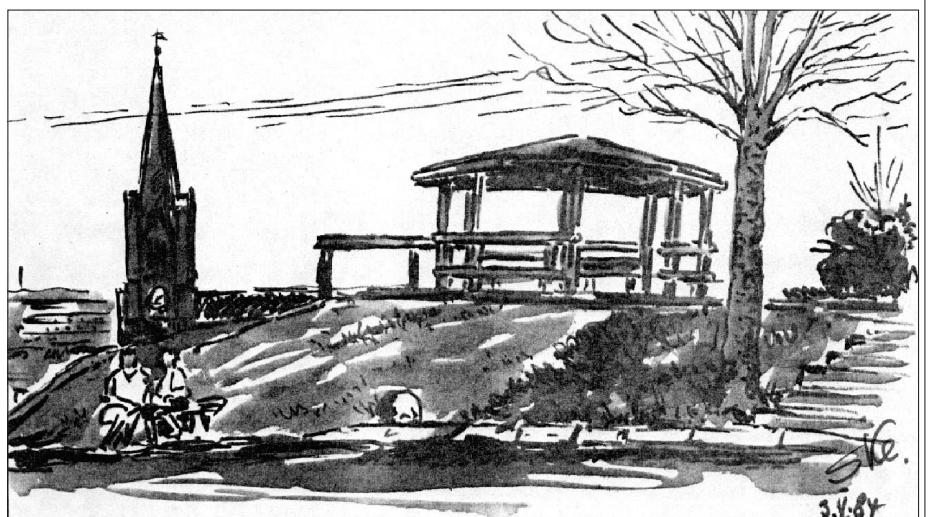
Die fünf Freunde hatten sich während des vergangenen Schuljahres in der AG »Handeln und Helfen« engagiert, welche die Barnim-Uckermark-Stiftung an der Goethe-Oberschule (damals Goethe-Realschule) angeboten hatte. Dabei hatten sie sich intensiv mit der Arbeit von sozialen Vereinen in der Stadt Eberswalde auseinandergesetzt. Die Tätigkeit des Vereins »Brot und Hoffnung«, der die Suppenküche und den Tafelladen in Eberswalde betreibt, hatte die Schülerinnen und Schüler so beein-

druckt, daß sie nach einem Weg der Unterstützung gesucht hatten. Mit ihrem Flohmarktstand konnten sie über 80 Euro einnehmen. Der AG-Leiter stockte den Betrag auf, so daß die jungen Leute nun 100 Euro an das Team der Suppenküche übergeben konnten.

André Koch, Geschäftsführer der Barnim-Uckermark-Stiftung, hatte die Idee zu der AG gemeinsam mit Schulleiter Friedhelm Boginski entwickelt und sieht sich bestätigt. »Wir wollten herausfinden, ob sich auch junge Leute für soziales Engagement in ihrer Stadt gewinnen lassen. Angesichts der Begeisterung der Schüler kann man das wohl deutlich mit ‚Ja‘ beantworten.«

Die Barnim-Uckermark-Stiftung ist die Bürgerstiftung für die Landkreise Barnim und Uckermark. Sie wurde gegründet, um bürgerschaftliches Engagement und gemeinwohlorientiertes Handeln in der Region zu stärken.

Eberswalder Ansichten



SIEGFRIED KERSTEN, Drachenkopf, Tusche

10. Umweltpreis der Bündnisgrünen

Andreas Fennert, stellv. Vorsitzender der Eberswalder StVV-Fraktion Grüne/BFB, überreichte die Urkunden und Preisgelder in Höhe von insgesamt 750 Euro. Dafür stellte Andreas Fennert seine Aufwandsentschädigung für die Mitarbeit im Aufsichtsrat einer städtischen Gesellschaft zur Verfügung. Die fünfköpfige Jury aus Vertretern des Grünen-Kreisverbandes, des NABU und der Unteren Naturschutzbehörde entschied sich für folgende Preisträger:

1. Preis (300 Euro): Institut für Naturschutz und Nutztierökologie e.V.

Der Eberswalder Verein leistet seit 15 Jahren wertvolle ehrenamtliche Naturschutzarbeit. Besonders die Pflege der blütenreichen Steppenrasen bei Brodowin und Oderberg mit Hilfe einer gemischten Schaf- und Ziegenherde fand die Anerkennung der Jury. Neben der Sicherung des Lebensraumes für seltene Pflanzen- und Tierarten wie Federgras und Frühlings-Adonisröschen wirkt der Verein zum Beispiel mit »Wanderungen mit Schaf und Ziege« auch in den Bereichen Umweltbildung und Tourismus. Die Naturschutzmaßnahmen werden gemeinsam mit der Fachhochschule Eberswalde wissenschaftlich begleitet und münden in fachliche Empfehlungen zur Landschaftspflege.

2. Preis (250 Euro): Projekt »Moore-Pumpe« der Oberschule Mitte Eberswalde

Seit elf Jahren betreuen Schüler der Oberschule Mitte Eberswalde den Geschützten Landschaftsbestandteil »Moore Pumpe« im

Stadtteil Nordend. Mit praktischen Naturschutz- und Landschaftspflegearbeiten sowie Unterrichtskursen werden die Schüler an die Natur herangeführt und für Umweltprobleme sensibilisiert. In Zusammenarbeit mit dem BSIJ, der Unteren Naturschutzbehörde und dem Stadtförster stellten die Schüler »Naturschutzzeulen« auf, beräumten Müll, legten Hecken an, renaturierten eine Kiesgrube und pflegten die Feuchtwiesen. Das Engagement der Schüler und des Projektleiters Herrn Henkel geht dabei weit über die Schulzeit hinaus.

3. Preis (100 Euro): Netzwerk Panketal

Das Netzwerk Panketal, ein Zusammenschluß von 9 Panketaler Bürgerinitiativen setzt sich für eine umweltgerechte und ressourcenschonende Ortsentwicklung ein. Mit Bürgerbegehren und anderen Initiativen streitet das Bündnis für Richtlinien beim Gemeindestraßenbau, die den Erhalt von Straßenbäumen, Verkehrsberuhigung, Verbesserung des ÖPNV, frühzeitige Bürgerbeteiligung und Kostenersparnis vorsehen. Jüngster Erfolg des Netzwerkes ist die Rettung von 200 Alleebäumen in Zepernick.

Anerkennungspreise (je 50,- Euro): Anerkennungspreise erhielten das Projekt Weißstorch des NABU-Regionalverbandes Niederbarnim und das Projekt Naturbad Eberswalde, getragen von der Bildungseinrichtung Buckow e.V.

THORSTEN KLEINTEICH,
Geschäftsführer Grüne/B90 Barnim

Mühle-Versteigerung

Eberswalde (mühle). Am Sonntag, dem 9. Oktober 2005, von 15 bis 17 Uhr findet in der Zainhamermühle (Am Zainhammer 3, 16225 Eberswalde) die beliebte Versteigerung von Werken der Mühlenkünstler statt. Dafür haben zahlreiche Vereinsmitglieder Gemaltes, Gedrucktes, Figürliches aus Holz und Keramik u.v.a.m. gespendet. Der Erlös ihrer Versteigerung fließt, wie schon in den letzten Jahren, in die Reparatur und Erhaltung der letzten Mühle des Schwärzetales, die seit nunmehr 14 Jahren den Mühlenkünstlern als Werkraum und Treffpunkt dient. Die Reparaturen sind Voraussetzung für die Ausstellungen, Veranstaltungen und Überraschungen im Jubiläumsjahr 2006.

Alle Werke können am Nachmittag angesehen werden und kommen danach unter den Hammer. Auktionator ist auch in diesem Jahr Dr. Eckhard Groll, der sich zu dieser Veranstaltung viele gut gelaunte und zahlungskräftige Bieter wünscht.



Übrigens: Wer die Ausstellung »Fabelwesen – Werke aus Pappmaché« der Mühlenfrauen in der Zainhamermühle verpaßt hat oder sie wiedersehen möchte, kann die phantasievollen und farbenfrohen Figuren in der Stadtbibliothek (Rathauspassage) bewundern.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoooogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: BUS (1), Markmann (5), Mühle e.V. (1), Steiner (1), Triller (2)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 1. Oktober 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.10.2005, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

☐ Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.

☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)